

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

## ■ **Erinnern**

20 Jahre Mauerfall

## ■ **Debatte**

Neues  
Finanzausgleichsgesetz

## ■ **Privatisierung**

Nein zum Verkauf  
von Seen in M-V

## ■ **Umbruch**

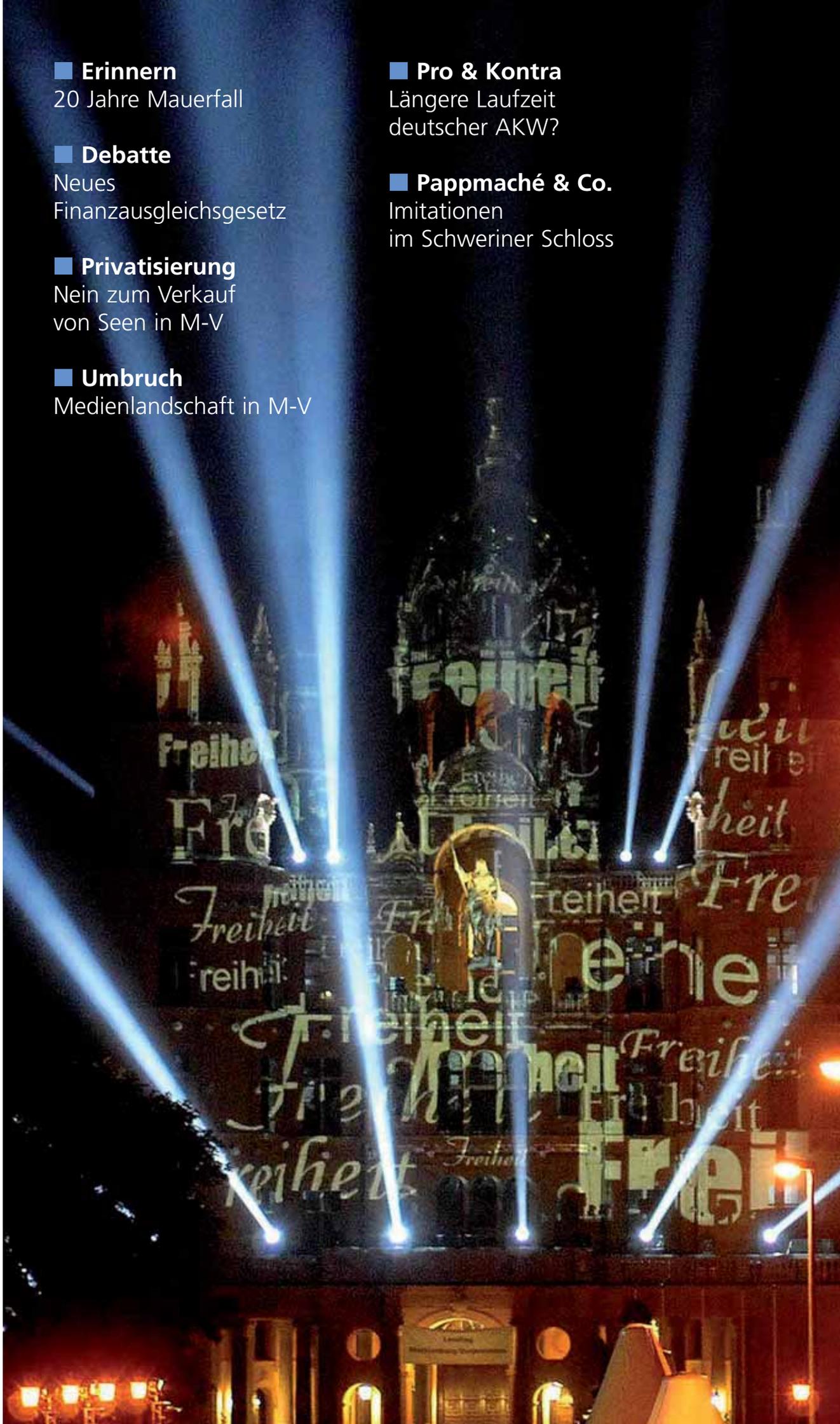
Medienlandschaft in M-V

## ■ **Pro & Kontra**

Längere Laufzeit  
deutscher AKW?

## ■ **Pappmaché & Co.**

Imitationen  
im Schweriner Schloss



18. November  
8 / 2009

Seite 3 / Beilage

**Spezial**20 Jahre Mauerfall – Festakt  
im Landtag

Seiten 4 – 5

**Aus dem Plenum  
Aktuelle Stunde:**Keine Privatisierung von Gewässer-  
flächen der BVVG in M-V

Seiten 6 – 10

**Weitere Themen:**Medienlandschaft in M-V  
Kinder und Jugendliche  
vor Drogenmissbrauch schützen  
Trainer für Kinder- und Jugendsport  
Netzintegration erneuerbarer  
Energien  
Parlamentsforum Südliche Ostsee  
Landespolizei  
Küstenfischerei

Seite 11

**Pro & Kontra**Sollen deutsche Kernkraftwerke  
länger in Betrieb bleiben?

Seiten 12 – 18

**Auszüge aus der Debatte:**

Novellierung Finanzausgleichsgesetz

Seiten 19 – 21

**Aus den Ausschüssen****Europa- und Rechtsausschuss:**Gespräche in Brüssel  
Anhörung Untersuchungshaft-  
vollzugsgesetz**Finanzausschuss:**

Darlehen für Werften

**Bildungsausschuss:**Jugendprojekt mit Schülern des  
Gymnasiums Neukloster**Internationales:**Danziger Gespräche  
Baltic Development Summit  
Stockholm

Seite 22

**20 Jahre Mauerfall**Made in Poland – designed  
in Germany

Seite 23

**Schlossgeschichten**

Glanz aus Papiermaché

Titelbild (Cornelius Kettler)  
Hauptportal des Schweriner Schlosses  
zur 150-Jahr-Feier 2007**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-  
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-  
schengruppen manchmal nur die männliche  
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-  
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-  
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit  
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

# Quadratur des Kreises



Foto: Dirk Schroeder

Andreas Segeth, geboren 1968 in Anklam, arbeitet seit 2000 als Redakteur für den Nordkurier. Nach Stationen in Anklam, Usedom und Neustrelitz ist er seit dem 1. Januar 2009 Chefreporter der Lokalredaktionen Neubrandenburg und Altentreptow.

■ Mit der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) haben sich die Abgeordneten der Großen Koalition unbeliebt gemacht. Alle Appelle, Aufrufe und Erklärungen von Kommunalpolitikern kreuz und quer durch die Parteienlandschaft haben sie nicht beeindrucken können. Es war sicher nicht einfach, ihr Votum zuhause in den Kreisverbänden zu erklären.

Dabei ist allen Beteiligten klar: Eine Neuregelung des Finanzausgleichsgesetzes war unausweichlich und vor allem überfällig. Eigentlich stand sie schon im Hausaufgabenheft der rot-roten Landesregierung, wurde dort aber geflissentlich übersehen.

Fakt ist: Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern werden immer weniger, die Wirtschaftskrise geht am Land nicht vorbei, der Solidarpakt läuft 2019 aus, die Einnahmen des Landes sinken. Egal, ob mit oder ohne FAG-Novelle – bei den Kommunen wäre künftig ohnehin weniger Geld angekommen. Das Land kann nicht mehr Geld verteilen, als ihm zur Verfügung steht.

Das Anhäufen neuer Schulden mag auf kurze Sicht ein heller Schein im Dunkel der Probleme sein. Vor allem wäre es eine einfache Lösung nach dem Prinzip „Nach mir die Sintflut“. Aber wer hinterlässt seinen eigenen Kindern und Enkeln schon gern Schuldenberge, die nach Belieben erhöht werden, wenn der Weg steiniger wird? Kurzfristig ist das vielleicht machbar, langfristig verbietet sich das von selbst.

Die Frage ist nur: Wie verwaltet man den Mangel gerecht? Anscheinend wird das Gesetz noch nicht einmal seinem Anspruch gerecht, die Oberzentren zu stärken. Hat doch Neubrandenburgs Oberbürgermeister Paul Krüger ausgerechnet, dass die Viertorstadt nur knapp 86.000 Euro mehr in der Kasse haben wird – im Gegensatz beispielsweise zur Hansestadt Stralsund, der gut 1,4 Millionen Euro mehr ins Stadtsäckel fließen werden.

Dieser Umstand konterkariert den Anspruch des Gesetzes schon unter dem Aspekt, dass Neubrandenburg den größten Zentralitätsquotienten im Land hat – sprich: das Gefälle aus eigener Einwohnerzahl der Stadt und jener Zahl an Men-

schen aus der Umgebung, für die sie Aufgaben wahrnimmt, ist hier am höchsten. Die Stadt mit ihren knapp 66.000 Einwohnern erfüllt Aufgaben für einen Verflechtungsraum von etwa 400.000 Menschen. Dennoch profitiert die Stadt am wenigsten von allen Oberzentren vom neuen Gesetz – sie wird sogar geschwächt.

Das Geld wird wieder proportional verteilt, nicht nach den zu erledigenden Aufgaben. Die Mehrbelastungen einer kreisfreien Stadt wie Neubrandenburg für Themenbereiche wie Jugend- und Sozialhilfe werden verkannt. Bund und Land delegieren hier Aufgaben an die Kommunen, versäumen es aber, sie entsprechend finanziell auszustatten. Das ist, als ob man sein Söhnchen zum Brötchenholen schickt, ihm aber absichtlich zu wenig Geld mitgibt. Die Haushalte vieler Kommunen wären künftig auch dann noch im Minus, wenn sie sämtliche freiwilligen Aufgaben nicht wahrnehmen würden.

Damit steht nicht mehr die Frage, ob gegen das neue FAG geklagt wird, sondern nur noch die, wer den Schriftsatz als erster fertig hat. Hat doch das Landesverfassungsgericht 2006 festgelegt, dass die Kommunen mit hinreichenden finanziellen Mitteln zu versehen sind, damit sie ihr in der Landesverfassung verbrieftes Recht und ihre hiermit korrespondierende Pflicht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln, wahrnehmen können. Das berührt nichts weniger als den verfassungsrechtlich garantierten Kernbereich des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen. Die Finanzausstattung der Kommunen müsse aufgabenadäquat sein, ihnen sei eine Mindestfinanzierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Das ist mit dem neuen FAG nicht gelungen. Wie auch? Am Ende werden die Richter den Landtag wohl nachsitzen und die Hausaufgaben wiederholen lassen. Thema: Quadratur des Kreises.

**Andreas Segeth**

# Starke Stimme für den Norden

## Gemeinsamer Festakt im Schloss zum Mauerfall vor zwanzig Jahren

■ Die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein erinnerten am 9. November in einer gemeinsamen Festveranstaltung im Schweriner Schloss an den Mauerfall vor zwanzig Jahren.

Festredner **Hinrich Kuessner**, im Herbst 1989 im Neuen Forum in Greifswald aktiv, verwies auf die doppelte Bedeutung mit Höhen und Tiefen, die der 9. November in der deutschen Geschichte hat. 1938 hätten Deutsche jüdische Geschäfte zerstört, Synagogen niedergebrannt und Menschen ermordet. „1989 durchbrachen wir, die DDR-Deutschen, die Berliner Mauer und besiegelten damit das Ende der DDR-Diktatur und öffneten den Weg zur deutschen Einheit.“ Es sei aber nicht so gewesen, dass anfangs alle DDR-Bürger auf die Straße gingen und Veränderungen einforderten. „In Greifswald hatten wir nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns“, sagte der SPD-Politiker und frühere Landtagspräsident (1998 bis 2002). „Wir hatten die Bevormundung und Gängelung durch die SED-Funktionäre satt“, nannte er ein Motiv der Demonstranten. Reisefreiheit habe als Ziel im Herbst 1989 ganz oben auf der Wunschliste der DDR-Bürger gestanden. „Leider ist aus der Öffnung der Mauer nicht automatisch ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern geworden“, fand er einen kritischen Bezug zur Gegenwart. Nur wenige Ausländer suchten ihren Wohnsitz hier – und wenn, dann begegneten ihnen oft Misstrauen und Beschimpfungen. „Wir müssen mehr für die Integration von ausländischen Mitbürgern tun“, sagte Hinrich Kuessner und forderte die Öffnung der Kommunalwahlen für alle Menschen, die im Land ihren

ersten Wohnsitz haben. Auch fühlten sich heute noch manche ehemalige DDR-Bürger als Bürger zweiter Klasse. „Es war nicht alles schlecht in der DDR, wird oft wiederholt“, so Kuessner. Auch in einer Diktatur könne man sich einrichten und ein menschliches Leben führen. Soziale Sicherheit sei ein besonderes Gut, „das Ängste beiseite schiebt und einen ohne große Sorgen leben lässt“. Das System der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR aber sei faul und verlogen gewesen, der Apparat von SED und Stasi habe Freunde, Bekannte, Kollegen und Familienmitglieder ausspioniert. Mit dem Fall der Mauer habe sich kein Tor zum Paradies geöffnet. „Aber wir leben jetzt in einer Gesellschaft, wo wir uns einmischen können, wo wir mitbestimmen können, was aus unserer Gesellschaft wird.“

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** sagte: „Aus heutiger Sicht betrachtet war der Herbst 1989 der Moment, in dem zahlreiche DDR-Bürger ihr Leben in die Hand nahmen und damit letztlich eine ganze Gesellschaft veränderten.“ Jetzt gelte es zu vermitteln, dass Demokratie mehr ist als eine bloße Staatsform. Vereine, Verbände, die Menschen selbst müssten sie mit entwickeln. Der Kompromiss sei ein wesentliches Element der Politik – was nicht immer leicht zu vermitteln sei. Demokratieverdrossenheit aber könne sie nicht feststellen. „Wir leben in einer

rechtsstaatlichen Demokratie, die uns ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit erst ermöglicht“, betonte die Gastgeberin. „Dies haben wir 1989 errungen – und wir müssen es uns, unseren Kindern und Enkelkindern bewahren.“

Der neu gewählte Präsident des schleswig-holsteinischen Landtags, **Torsten Geerds**, wies auf die Bedeutung hin, die der Mauerfall auch für den deutschen Nordwesten hatte. Mit der Grenzöffnung sei in gewisser Weise auch Schleswig-Holstein befreit worden – „aus seiner Randlage“, sagte er. „Die Menschen in der DDR und im künftigen Land Mecklenburg-Vorpommern hatten im November 1989 ihre Freiheit wieder gewonnen. Das südliche Schleswig-Holstein und speziell Hamburg gewannen auch etwas zurück: ihr natürliches Umland“, hob der Landtagspräsident hervor. Doch auch 20 Jahre nach dem Mauerfall würde sich die Mehrheit der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse fühlen. Dies gelte es zu verändern. Die Ostdeutschen hätten Leistungen und Opfer in erheblichem Umfang für die Einheit erbracht. Auch würden die Menschen im Osten, denen in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel Flexibilität abverlangt worden sei, rascher auf die derzeitige Krise reagieren. „Bauvorhaben werden unbürokratischer auf den Weg gebracht, Wirtschaftsförderung pragmatischer angepackt, Reformen konsequenter umgesetzt, wie beispielsweise in der Bildungspolitik“, sagte Torsten Geerds. Er plädierte für eine noch engere Zusammenarbeit im Norden. „Der Norden braucht eine starke und einheitliche Stimme, will er in Deutschland – speziell im Süden – Gehör finden. Der Ost-West-Gegensatz ist passé.“

Die drei Reden im Wortlaut finden Sie im Mittelteil des Heftes.



# Seen sollen in öffentlicher Hand bleiben

## Aktuelle Stunde zur Privatisierung von Gewässern

■ Die SPD-Fraktion hat in der Aktuellen Stunde vom 21. Oktober die kostenfreie Übertragung der mehr als 200 noch in Bundesbesitz befindlichen Seen in Mecklenburg-Vorpommern an Land oder Kommunen gefordert. In der von den Sozialdemokraten beantragten Debatte sprach sich auch DIE LINKE gegen eine Privatisierung der Gewässer aus. Die CDU-Fraktion ist eigenen Angaben nach ebenfalls gegen öffentliche Ausschreibungen für den Verkauf der Seen. Die FDP will den Einzelfall prüfen. Der Verkauf von Gewässern durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) war nach Protesten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im August bis zum Jahresende ausgesetzt worden.



Ute Schildt, SPD



Helmut Holter, DIE LINKE



Agrarminister Dr. Till Backhaus

Die SPD-Abgeordnete **Ute Schildt** warnte, dass bei einer Privatisierung der freie Zugang zu den Ufern, der Bestand kommunaler Badestrände oder die fischereiwirtschaftliche Nutzung gefährdet seien. „Im Interesse der Menschen in unserem Land, im Interesse der Angler und der Berufsfischer, im Interesse der Natur und im Interesse des Tourismus fordern wir: Keine Privatisierung von Gewässerflächen durch die BVVG in Mecklenburg-Vorpommern.“ Die Abgeordnete sprach sich dafür aus, das Moratorium für den Verkauf bis Ende 2012 zu verlängern, um bis dahin eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Die vom Bund angestrebten Erlöse von 3000 Euro je Hektar seien für Kommunen und Verbände nicht tragbar. Ihren Angaben nach verwaltet die BVVG in Mecklenburg-Vorpommern noch Seen mit einer Gesamtfläche von 4200 Hektar. Dazu zähle auch die Hälfte des Malchiner Sees.

Aus dem Moratorium müsse ein Privatisierungsstopp werden, forderte Linksfraktionschef **Helmut Holter**. „Seenland gehört nicht in Spekulantenhand“, betonte er. Sämtliche noch im Besitz der BVVG befindlichen Seen seien durch eine Gesetzesänderung auf Bundesebene so schnell wie möglich unentgeltlich an die betroffenen Länder zu übertragen, eine weitere Privatisierung müsse ausgeschlossen werden. Ein Verkauf an private Eigentümer werde die Nutzung von Badestellen, Stegen und Uferwegen, aber auch Freizeitaktivitäten auf dem Wasser für die Allgemeinheit einschränken. „Wir unterstützen die Proteste der Gemeinden und der Fischer am Malchiner See und sprechen uns nachdrücklich für eine kostenlose Übergabe der Seengewässer als Allgemeingut in die Hand der Kommunen beziehungsweise unseres Landes aus“, betonte er.

Laut Agrarminister **Dr. Till Backhaus** gibt es im Nordosten mehr als 2000 Seen, deren Gesamtfläche sich auf 76.000 Hektar summieren. Im Land stehe mit den Gewässern, den Waldflächen und den landwirtschaftlichen Nutzflächen insgesamt ein Wert von circa 1,5 Milliarden Euro zur Debatte. „Und da sagen wir als Sozialdemokraten nach wie vor sehr klar und eindeutig: Wir wollen keine Privatisierung um jeden Preis, wir wollen den Erhalt unserer Unternehmen!“, betonte der Minister. In Brandenburg habe man sehen können, wohin das führt, wenn man „Heuschrecken“ zu sehr günstigen Konditionen Seen zum Kauf anbietet. Jetzt würden die Kommunen dort gezwungen, Badestellen und Steganlagen von Privatpersonen zurückzukaufen. Und die Bürgerinnen und Bürger müssten die Zeche zahlen. „Das wollen und dürfen wir in diesem Lande nicht zulassen“, betonte er.

## Unterschriften gegen den Verkauf von Seen in Mecklenburg-Vorpommern

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH ist ein Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland zur Verwaltung, Verpachtung und zum Verkauf von ehemals volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Nach zahlreichen Protesten kündigte das Unternehmen im August 2009 an, die Privatisierung von Wasserflächen bis Jahresende auszusetzen. Bisher verkaufte oder übertrug die BVVG in den neuen Ländern rund 14.000 Hektar Gewässer. Hierbei gingen rund 4.800 Hektar an Stiftungen oder Naturschutzverbände, rund 5.000 Hektar wurden an Landwirtschafts- und ca. 2.200 an Fischereibetriebe verkauft. In Mecklenburg-Vorpommern befinden sich noch 227 Gewässer mit einer Fläche von rund 4.200 Hektar im Bestand der BVVG. Kritiker befürchten, dass die Bürger nach einem Verkauf die Badestellen und Stege nicht mehr nutzen können, dass Fauna und Flora wirtschaftlichen Interessen weichen müssen, sich die Wasserqualität durch unsachgerechte Pflege verschlechtert und die Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten verlieren. Deshalb führt der BUND seit dem 6. Oktober 2009 eine Unterschriftenaktion gegen die Privatisierung der Seen in Mecklenburg-Vorpommern durch. Ziel ist es, den Bundestag zu einer Gesetzesänderung zu bewegen, damit die Seen für die Allgemeinheit erhalten bleiben und als Teil des Nationalen Naturerbes kostenlos den Ländern, Kommunen und Verbänden übertragen werden.



Sigrun Reese, FDP



Udo Pastörs, NPD



Marc Reinhardt, CDU

Fotos: Uwe Bolewski

Die Liberalen wollten nicht pauschal jeglichen Verkauf ausschließen, sagte die FDP-Abgeordnete **Sigrun Reese**. Wie die SPD einfach generell zu allem und jedem Nein zu sagen, könne nicht der richtige Weg sein. „Wir wollen eine vernünftige Abwägung der Interessen. Wir wollen auch den Verkauf von Gewässern ermöglichen, und zwar mit der notwendigen Abwägung in jedem Einzelfall“, unterstrich sie. Über zu klärende Fragen müsse eine Diskussion geführt werden. Die FDP-Fraktion wird ihren Worten nach das Thema in den Agrarausschuss tragen. Damit könnten schlechte Erfahrungen, wie sie andere Bundesländer machten, vermieden werden. Sie begrüße den vorläufigen Verkaufsstopp, aber nur so lange, wie nicht geklärt sei, „wie die berechtigten Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden können, aber eben auch nur solange“, hob sie hervor.

Nach Ansicht von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** passt das Thema der Aktuellen Stunde nicht zur aktuellen Situation im Land. Er erinnerte an die „katastrophale Lage unserer Kommunen, die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt, die drohende Entlassungswelle bei den Werften, die weiter schwierige Situation im Bildungsbereich“. Allerdings teile seine Fraktion die Auffassung, dass die Seen nicht verkauft werden dürfen. Der Bund solle die Liegenschaften kostenlos den Gemeinden und Städten übereignen. Die Gewässer könnten am besten vor Ort durch die Kommunen genutzt werden. Er forderte ein Gesetz, „das klar regelt, wie mit den Seen verfahren werden soll in der Zukunft“. Mit der Übereignung an die Kommunen müsse auch das Kostenproblem geklärt werden.

Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** wies auf die überregionale touristische und wirtschaftliche Bedeutung der Gewässer für das Land hin. Dazu zähle er auch den Malchiner See. Er sprach sich für die Möglichkeit einer unentgeltlichen Übertragung auf das Land oder auch auf die Kommunen aus. „Ich persönlich glaube, dass das im Regelfall die Kommunen nicht so richtig wollen; denn wer weiß, was so ein Gewässer an Unterhaltskosten mit sich bringt, der wird sich sicherlich darauf einlassen, dass es auch für die touristische Entwicklung das Beste ist, diese Seen kommen zum Land“, sagte er. „Unsere Fraktion ist ganz klar dagegen, eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen und Seen an Private zu veräußern. Lediglich das Land, die Kommunen oder die Nutzer der Seen sollten hier auch Eigentum erwerben“, fasste er zusammen.

Fotos: Jens Büttner

# Fischkutter sind auch Arbeitsplätze



## Kutter- und Küstenfischerei Zusammen- arbeit

### Landtag fordert Unterstützung der Regierung

■ Nach der Kürzung der Heringsfangquoten in der westlichen Ostsee durch die EU hat sich der Landtag am 22. Oktober mit der Zukunft der Kutter- und Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Die erlaubten Fangmengen für Hering sinken im kommenden Jahr um 16,5 Prozent. Nach Angaben der Europäischen Kommission schrumpfen die Heringsbestände seit längerem. Bereits in diesem und im vorigen Jahr war deshalb die Fangquote gekürzt worden. Nun fürchten die Fischer um ihre Existenz. Zur Unterstützung der Fischer haben sowohl die Regierungsfractionen SPD und CDU als auch die oppositionelle Linksfraktion Vorschläge vorgelegt. So empfehlen SPD und CDU, nicht genutzte Fischereiquoten anderer EU-Mitgliedsstaaten auf Deutschland zu übertragen. Die Koalitions-Fractionen fordern zudem verstärkt die Unterstützung der Regierung für diesen Wirtschaftszweig. Nötig sei Hilfe unter anderem bei einer stärkeren regionalen Vermarktung der Fänge, womit höhere Preise als beim Großaufkäufer zu erzielen seien, machten Redner verschiedener Fraktionen deutlich. DIE LINKE scheiterte mit ihrem Antrag, dass sich die Landesregierung in den Konsultationsprozess für eine neue gemeinsame Fischereipolitik der EU einbringen solle. Der Antrag der Koalition wurde angenommen.

[Drucksache 5/2848](#)

[\(Antrag Koalition\) angenommen](#)

[Drucksache 5/2856](#)

[\(Antrag DIE LINKE\) abgelehnt](#)

### Beschlüsse des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee sollen umgesetzt werden

■ Der Landtag stimmte auf seiner Sitzung am 21. Oktober für eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern im südlichen Ostseeraum. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee, in dem unter anderem die Parlamente von Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren, Schonen, Kaliningrad und Hamburg mitarbeiten, tagte im Juli in Schwerin. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern will den Beschlüssen des Forums weiterhin große Aufmerksamkeit widmen. Die Ausschüsse wurden beauftragt, dem Parlament gegebenenfalls Empfehlungen vorzulegen. Alle demokratischen Fraktionen stimmten der im Sommer verabschiedeten Resolution zu. Darin geht es beispielsweise um die Weiterentwicklung Europäischer Strategien und eines Aktionsplanes für die südliche Ostseeregion. So sollen auch die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen sowie die Erreichbarkeit zwischen den Ländern verbessert werden. Die demokratische Opposition im Landtag mahnte bei genereller Zustimmung an, dass künftig mehr konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

Das 8. Parlamentsforum soll im Mai 2010 im nordpolnischen Elblag (Woiwodschaft Ermland-Masuren) stattfinden.

[Drucksache 5/2849](#)

## Polizei- Struktur

### Gesetzentwurf der Landesregierung in Ausschüsse überwiesen

■ Mit neuen Strukturen und straffer Verwaltung soll die Polizei Mecklenburg-Vorpommerns auf neue Herausforderungen in der Verbrechensbekämpfung und -prävention eingestellt werden. Terrorgefahr, EU-Osterweiterung und Internetkriminalität würden neue Aufgaben mit sich bringen, begründete Innenminister **Lorenz Caffier** am 21. Oktober im Landtag die geplanten Änderungen. So sollen die bislang fünf Direktionen in zwei Polizeipräsidien mit Sitz in Rostock-Waldeck und Neubrandenburg zusammengefasst werden. Mecklenburg-Vorpommerns Polizei werde nach einem Abbau von knapp 700 Stellen seit 2001 im kommenden Jahr noch 6029 Polizisten haben, erklärte Caffier. Auf Beschluss der Landesregierung sollen ab 2012 weitere drei Prozent an Personal, knapp 200 Stellen, gestrichen werden. Ein noch drastischerer Abbau sei verhindert worden, hob der Minister hervor.

Die Opposition zog in Zweifel, dass – wie von Caffier angekündigt – damit künftig auch mehr Polizisten in ländlichen Regionen auf Streife gehen werden. Sie sprach von Personalmangel bei der Polizei.

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung federführend in den Innen- und mitberatend in den Finanzausschuss überwiesen.

[Drucksache 5/2837](#)



## Vielfalt sichern

Landtag sorgt sich um Zukunft der Medienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sorgt sich um die publizistische Vielfalt im Land. In den zurückliegenden Jahren habe es vor allem im Presse-Bereich einige bedenkliche Entwicklungen gegeben, sagte Ministerpräsident Erwin Sellering, als er am 21. Oktober den ersten „Bericht über die Entwicklung der Medienlandschaft“ im Landtag vorstellte. Das Parlament hatte die Landesregierung beauftragt, ab 2009 jährlich eine Bestandsaufnahme vorzulegen.

Problematisch sind laut Erwin Sellering der Abbau von Mitarbeitern, die Zusammenlegung von Redaktionen, eine Arbeitsverdichtung, der verstärkte Einsatz freier Journalisten und die Verlagerung von Geschäftsteilen. „Bei allem Verständnis dafür, dass Zeitungen wirtschaftlich arbeiten müssen, ist es wichtig, dass Synergien nicht auf Kosten der Nähe zum Geschehen gehen, dass Vielfalt und Qualität nicht darunter leiden“, sagte der Ministerpräsident. Er lobte die Verankerung der Regionalzeitungen vor Ort. Die drei Regionalzeitungen haben dem Bericht zufolge 36 Lokalausgaben. Das sei ein Spitzenplatz in Deutschland, sagte Sellering. Jedoch seien vernünftige Arbeitsbedingungen für die Journalisten nötig, „die gerade in der Fläche eine schwierige Aufgabe zu meistern haben“. Erfolg habe nicht der Zeitungsverlag, der kurzfristig auf hohe Renditen setze, sondern der sich langfristig ordentlich aufstelle, mahnte der Regierungschef.

Nach Auffassung von **Andreas Bluhm** (DIE LINKE) zeigt der Bericht, dass sich die Medienlandschaft in einem tief greifenden Umbruch befindet. Auch wenn er bedauerte, dass die Landesregierung keine eigene Erhebung durchführte. Gesicherte und gute Rahmenbedingungen seien Grundlage für journalistische Qualität und Vielfalt. In diesem Zusammenhang komme der Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen“ besondere Bedeutung zu, weil so die Öffentlichkeit sensibilisiert und der gesellschaftliche Diskurs ermöglicht



Foto: Claudia Richter

werde. „Wir müssen alles unternehmen, um MV als Medienstandort zu sichern und zu entwickeln“ forderte er.

Nach Angaben des CDU-Abgeordneten **Dr. Armin Jäger** sank die Auflage der Tageszeitungen im Land von rund 600.000 im Jahr 1991 auf jetzt etwa 350.000. Aber auch Hörfunk und Fernsehen stehen Jäger zufolge vor der Herausforderung, auf einem enger werdenden Markt zu bestehen. Der gebührenfinanzierte NDR stehe Dank der Einbindung in den Norden gut da. „Medienpolitik ist Landespolitik“, betonte der CDU-Politiker. Informationszugang sei unerlässlich für die Demokratie. „Wir sind aufgerufen, uns mit den Entwicklungen intensiv auseinander zu setzen. Zur Demokratie gehören Medien und Medienvielfalt“, unterstrich Jäger.

**Sebastian Ratjen** (FDP) wies auf die Bedeutung der Unabhängigkeit der Medien von Parteien hin und forderte Transparenz. Er pflichtete seinem Vorredner bei, der sich gegen „künstliche Konkurrenz“ aussprach, wie sie mit den steuerfinanzierten Amtsblättern der Kommunen geschaffen werde.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** betonte, dass mehr als 90 Prozent der Bevölkerung nur auf eine Regionalzeitung an-

gewiesen seien und keine Wahl hätten. Dies sei keine Medienvielfalt. Die Zeitungen im Land seien zu 100 Prozent in westdeutscher Hand. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern seien lediglich Konsumenten.

**Ute Schildt**, medienpolitische Sprecherin der SPD, hält es für verkehrt, dass die Nachrichten zunehmend außerhalb des Landes redaktionell bearbeitet werden. „Ziel ist es, Mecklenburg-Vorpommern als Medienstandort zu sichern und angemessene Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge zu gestalten“, sagte sie. Stellenabbau und Verlagerung von Abteilungen bedrohen ihrer Überzeugung nach die Qualität der Zeitungen. „Eine einseitig an Rendite orientierte Geschäftspolitik macht journalistische Qualität zunehmend schwieriger.“ Es laufe darauf hinaus, dass den Menschen letztlich nur noch ein günstig zu produzierendes Einheitsangebot offeriert werde. „Wenn die Vielfalt der Meinungen in den Medien leidet, dann ist dies gefährlich für die Demokratie“, unterstrich Ute Schildt.

Die Unterrichtung wurde von Abgeordneten aller Fraktionen zur Beratung in den Innenausschuss überwiesen.

[Drucksache 5/2824](#)

# Schutz vor Drogen

**FDP-Antrag fand keine Mehrheit**

■ Die FDP hat einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Drogenmissbrauch gefordert. Auf der Landtagsitzung am 22. Oktober sprachen sich die Liberalen unter anderem für mehr Aufklärung und den Ausbau von Hilfsangeboten für Betroffene aus.

Der FDP-Sozialpolitiker **Ralf Grabow** verwies bei der Einbringung des Antrages auf jüngste Erhebungen zum Drogenkonsum in Mecklenburg-Vorpommern. In einer Befragung habe jeder Dritte Erfahrungen mit Cannabis eingeräumt, sechs Prozent auch mit Kokain. Diese Werte lägen über denen anderer Bundesländer. „Mecklenburg-Vorpommern ist offensichtlich ein Drogenland“, stellte er fest. Er sprach sich auch für verstärkte Präventionsprogramme aus. Es gebe „dramatische Zahlen junger Raucher und Trinker“. Er wolle kein Horrorbild zeichnen. „Aber wenn wir Gesundheitsland sein wollen, müssen wir mehr tun“, betonte er.

„Wegschauen nützt nichts“, sagte Bildungsminister **Henry Tesch**, der als Vertreter der Sozialministerin zum Thema sprach. Den Angaben nach stellt das Land für die Arbeit der 25 Suchtberatungsstellen im Nordosten jährlich 1,7 Millionen Euro bereit. Neben illegalen Drogen seien auch Alkohol- und Nikotinmissbrauch durch Jugendliche ein Problem. Die Präventionsarbeit solle daher verstärkt auch Familien erreichen. „Kinder und Jugendliche brauchen gute Vorbilder“, unterstrich der Minister. Dann würden sie auch nicht zu Drogen greifen. Aber rund 50.000 Kinder im Land lebten in Familien, in denen Vater oder Mutter alkoholkrank sei. Seinen Worten nach könne man dem Problem nur mit der „richtigen Mischung aus Repression und Prävention“ begegnen. Er wies auf Beschlüsse des Landes und Konzepte der Landesregierung hin, die bereits in diese Richtung zielten.

DIE LINKE warf der Landesregierung vor, durch Mittelkürzungen die frühe Präventionsarbeit in Kitas und Schulen zu erschweren. Es dürfe nicht allein darum gehen, die



Foto: Jens Büttner

Stricke zu fertigen, mit denen Jugendliche mit Drogenproblemen aus dem Brunnen gezogen werden, in den sie bereits gefallen sind. Das Netzwerk der Vorsorge müsse enger geknüpft werden, forderte Sozialexpertin **Dr. Marianne Linke**. Das sei in jüngerer Vergangenheit brüchig geworden. Diesen Ansatz vermisse sie auch in dem Antrag der Liberalen, der ihrer Meinung nach keines Landtagsbeschlusses bedarf.

Nach Auffassung von **Günter Rühls** (CDU) enthalten die Forderungen der Liberalen nichts Neues. Vor etwa einem Jahr habe das Parlament auf Antrag der Koalitionsfraktionen bereits einen umfassenden Beschluss zu diesem Thema gefasst. „Die Landesregierung hat also schon gehandelt“, betonte er.

Die NPD-Fraktion hält den Antrag ihrem Redner **Tino Müller** zufolge für inhaltslos und überflüssig. „Die Menschen wollen Ergebnisse sehen“, sagte er. Wenn Jugendliche zu mehr Drogen greifen, dann, weil ihnen die Ideale genommen werden. Sie würden im Drogensumpf landen, weil ihnen Zukunftsperspektiven fehlen. Die NPD dagegen gebe der „deutschen Jugend eine Heimat“.

SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery** verwies auf die ausführlichen Landtagsberatungen vom Oktober 2008. Der vorliegende Antrag dagegen sei substanzlos und enthalte keine nützlichen Anregungen. Das Parlament habe bereits beschlossen, Studien zur Lebenssituation auszuwerten und dazu Stellung zu beziehen. „Die Sucht- und Drogenprävention liegt bei uns in besten Händen“, betonte er.

Der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, DIE LINKE und NPD abgelehnt.

[Drucksache 5/2844](#)

## Alkoholkonsum Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern

In der Gruppe der 14-Jährigen haben bereits:

- 86 Prozent der Jungen und 68 Prozent der Mädchen Bier getrunken
- 70 Prozent der Jungen und 83 Prozent der Mädchen Wein oder Sekt konsumiert
- 60 Prozent Erfahrungen mit Spirituosen
- 83 Prozent der Jungen und 74 Prozent der Mädchen einen Alkoholrausch erlebt
- 26 Prozent der Jungen in den vergangenen 30 Tagen mindestens sechs Mal Alkohol getrunken

Quelle:  
Gesundheitsbericht des Landes M-V 2006

Der bundesweit sehr bedenkliche Anstieg stationärer Behandlungen bei Kindern und Jugendlichen wegen Alkoholvergiftungen war Anlass für das Modellprojekt von Bund und Ländern „HaLT – Hart am Limit“. Bei diesem Projekt geht es darum, betroffene Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern schnell zu erreichen, aufzuklären und umgehende Hilfe anzubieten. Es gibt neun Projektstandorte in acht Bundesländern, zwei in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock und Greifswald).

[www.hart-am-limit.info](http://www.hart-am-limit.info)



Foto: Jens Büttner

## Sporttrainer

**Antrag der Linken mehrheitlich abgelehnt**

■ **DIE LINKE ist im Landtag mit einem Vorstoß gescheitert, nach dem Vorbild der Schulsozialarbeit ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm für Sporttrainer zu schaffen.**

■ „Mehr Jugendsozialarbeit statt härterer Gesetze“, forderte **Regine Lück** (DIE LINKE), die den Antrag für ihre Fraktion am 22. Oktober ins Parlament einbrachte. Die Polizei könne nicht alles ausbügeln, betonte sie. Regelmäßiges Sporttreiben sei ein bewährtes Mittel gegen Gewalt und Drogenmissbrauch, für die Förderung sozialer Kompetenz und für die Gesunderhaltung der Kinder. Dafür solle ein „stabiler öffentlich geförderter Beschäftigungssektor als Teil des allgemeinen Arbeitsmarktes geschaffen werden“. Dem Antrag nach soll ein Trainer je 300 Schüler und Jugendliche in den Vereinen beim regelmäßigen Sporttreiben unterstützen. Die Stellen müssten für mindestens drei Jahre geschaffen werden. Die Finanzierung des Landesanteils von 50 Prozent soll aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds erfolgen, jeder Verein einen Eigenanteil von 15 Prozent aufbringen und die restlichen 35 Prozent die Bundesagentur für Arbeit zusteuern. Innenminister **Lorenz Caffier** wies den Vorschlag als populistisch zurück, da die Linke keine nachhaltige Finanzierung biete und zudem das Ehrenamt diskreditiere.

An dem bewährten Miteinander von haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit dürfe nicht gerüttelt werden. Das Ministerium unterstütze seinen Worten nach alle Bemühungen, auch die Jüngsten zur Bewegung zu ermuntern. So seien 170 Kindergärten mit der so genannten Sporttüte ausgestattet worden, die verschiedene Sportgeräte enthalte.

**Gino Leonhard** (FDP) misst dem Breiten-sport eine hohe Bedeutung zu. Dieser fördere das Gesundheitsbewusstsein und stärke soziale Kompetenz, stimmte er der Linken zu. Aber der Weg zu Trainerstellen über die öffentliche Beschäftigung sei falsch. „Das wird der Bedeutung des Ehrenamts nicht gerecht“, sagte er. Seine Fraktion werde den Vorschlag ablehnen. Auch die SPD könne nicht zustimmen, sagte deren Abgeordneter **Jochen Schulte**. Die Linke suche lediglich eine Möglichkeit, die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds umzuverteilen. Da würden nun die Sportvereine vorgeschoben. Der Vorschlag der Linken käme zudem nur Vereinen zugute, die mindestens 300 Kinder und Jugendliche als Mitglieder haben.

**Tino Müller** (NPD) betonte, dass für seine Fraktion „Volksgesundheit“ einen besonderen Stellenwert habe. Der Forderung nach Trainerstellen habe auch die NPD immer wieder Nachdruck verliehen. Allerdings sei die Zahl von 300 Kindern eher willkürlich gewählt. „Deutsches Geld für deutsche Interessen“, sagte er und forderte eine Trainerstelle für je 50 Kinder.

**Günter Rühls** (CDU) hält Sport ebenfalls für wichtig, um die körperliche und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Aber der Ausbau des

öffentlichen Beschäftigungssektors dafür wäre ein Fehler. Es sei richtiger, den ersten Arbeitsmarkt direkt zu unterstützen. Das Land investiere bereits in die Sportförderung und stelle dafür im neuen Haushalt auch zusätzliche Mittel bereit.

**Andreas Bluhm**, 2. Vizepräsident des Landtages und sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion, betonte, dass mit dem Antrag das Ehrenamt nicht negiert werden soll. Aber die Anzahl der Mitglieder in den Sportvereinen wachse kontinuierlich, damit stiegen auch die Anforderungen. Er befürchtet, dass es bei der angespannten Finanzlage der Kommunen auch zu Haushaltssperren kommen werde. Darunter würden die Sportvereine leiden. Auf dem ersten Arbeitsmarkt sieht er keine Konkurrenz. „Es geht ja nicht um Hochleistungstrainer“, unterstrich er.

Der Antrag fand keine Zustimmung bei SPD, CDU und FDP.

[Drucksache 5/2857](#)

### Landessportbund M-V

Dachverband der Sportvereine, Stadt- und Kreissportbünde sowie Landesfachverbände ist der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e.V. Er zählt 229.049 Mitglieder (Stand 1.1.2009), die in 1.891 Vereinen Sport treiben. 102.316 der organisierten Sportlerinnen und Sportlern sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 6 bis 27 Jahren. Insgesamt sind damit 13,64 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern in Sportvereinen organisiert.  
[www.lsb-mv.de](http://www.lsb-mv.de)

# Erneuerbare Energien

## Landtag fordert gerechte Kostenverteilung

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Netze ein, um Strom aus erneuerbaren Energiequellen exportieren zu können. Die Zusatzkosten sollen aber nicht allein den Verbrauchern aufgebürdet werden. Das Parlament nahm am 22. Oktober mehrheitlich einen Antrag der Koalitionsfraktionen an, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, im Bundesrat die Initiative für einen bundesweiten Ausgleich der Kosten zu ergreifen.

Die regionalen Betreiber müssen den Ausbau ihrer Netze selbst finanzieren, sagte der SPD-Politiker **Dr. Gottfried Timm**. Die Investitionskosten würden etwa 30 Prozent der vom Kunden zu zahlenden Strompreise ausmachen. Die Netznutzungsgebühr in Nordosten liege mit 6,09 Cent schon jetzt etwa 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Bei den Stadtwerken Düsseldorf betrage die Netznutzungsgebühr nur 3,82 Cent. „Wir haben keine guten Karten, wenn wir draußen sagen müssen, dass wir selber für die Refinanzierung bezahlen müssen, während diejenigen, die in Süd- oder Westdeutschland von unserem sauberen Strom profitieren, diesen auch noch billiger kriegen als wir selber“, begründete er. Laut einer

### Aufkommen von Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007 (Angaben in Mwh)

<b>Insgesamt</b>	<b>3.435.716</b>
Windkraft	2.547.853
Biogas	523.760
Biomasse	281.149
Deponiegas	47.206
Photovoltaik	18.927
Klärgas	8.422
Wasserkraft	8.182
Geothermie	217

Quelle: Statistisches Amt M-V

Studie sind in den kommenden 15 Jahren im Nordosten Investitionen in Stromleitungen im Umfang von etwa einer Milliarde Euro nötig. Vor allem der Anschluss großer Windparks auf See, so genannten Off-Shore-Anlagen, gilt als teuer. Der Ausbau der erneuerbaren Energien dürfe aber nicht zu höheren Strompreisen für die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns führen, mahnte Timm. „Wir brauchen eine solidarische Finanzierungsregelung im Energiewirtschaftsgesetz, die sicherstellt, dass die Kosten hierfür von allen gleichermaßen getragen werden.“

Nach Angaben von Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** will Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020 die aus erneuerbaren Energieträgern erzeugte Strommenge verfünffachen. „Die Studie der Universität Rostock hat gezeigt, wo die Engpässe bei der Einspeisung dieses zusätzlich gewonnen Stroms liegen“, sagte der Minister. Er kündigte Gespräche mit anderen Nordländern an, in denen die Nutzung erneuerbarer Energiequellen ebenfalls vorangetrieben werde. Nur in enger Kooperation mit diesen Ländern könne ein Vorstoß im Bundesrat erfolgreich sein.

**Wolfgang Griese** von der Linksfraktion forderte Regularien, mit denen sichergestellt werde, dass die Energiekonzerne die Ausgleichszahlungen „nicht einfach nur einstecken und die Bevölkerung trotzdem bluten lassen“. Es sei ohne Zweifel richtig, dass die Netze ausgebaut werden müssen. Die Strommengen, die aus der Off-shore-Windkraft erwartet werden, könnten nicht allein in Mecklenburg-Vorpommern verbraucht werden. Seine Fraktion wolle, dass in den nächsten Jahren immer mehr Kommunen ihre Netze übernehmen, die Kontrolle sichern und sich damit ein weiteres Standbein für Einnahmen aufbauen. Der Forderung zur solidarischen Finanzierung der Strompreise pflichtete seine Fraktion bei, die anderen Punkte des Antrages finden seinen Worten nach bei den Linken keine Zustimmung.

**Sigrun Reese** (FDP) warf der Koalition vor, dass generell strategische und innovative Ansätze in der Energiepolitik fehlen würden. Deshalb würden die Liberalen dem Antrag nicht in allen Punkten zustimmen. Das Ungleichgewicht der Kostenaufteilung aber zwischen Bundesländern, die eine Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien spielen, und denen, die davon profitieren, müsse im Energiewirtschaftsgesetz geändert werden.



Foto: Jens Büttner

**Raimund Borrmann** (NPD) zufolge steht das Erneuerbare-Energie-Konzept nicht im Einklang mit dem Aufbau eines Kohlekraftwerkes in Lubmin. Er malte die Vision eines „menschenleeren“ Landes Mecklenburg-Vorpommern „voller Windräder“. Der CDU-Abgeordnete **Matthias Lietz** betonte: „Wer mehr leistet, darf nicht auch noch die Nachteile dafür in Kauf nehmen müssen“. Er wies darauf hin, dass im Konzept „Energiewelt 2020“ vorgesehen ist, den Anteil erneuerbarer Energieträger am gesamten Verbrauch auf 30 Prozent zu steigern. Diese Strommengen müssten aber nicht nur erzeugt, sondern auch ins Netz eingespeist werden. Dafür wiederum müsse die Netzinfrastruktur ausgebaut werden, was Kosten verursache. Im Endeffekt zahlen seinen Worten nach die Verbraucher die Investitionen mit. „Wenn unser Bundesland einen größeren Aufwand hat, weil es auch einen größeren Anteil erneuerbarer Energien bereitstellt, der nötig ist, um die Ziele der Bundesregierung zu erfüllen, dann müssen diese Aufwendungen solidarisch getragen werden“, betonte Lietz.

[Drucksache 5/2845](#)

# Sollen deutsche Atomkraftwerke länger in Betrieb bleiben?



**Wolfgang Griese**

Energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE



**Michael Rooff**

Vorsitzender der FDP-Fraktion

■ Der im Konsens zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Atomwirtschaft beschlossene Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung beruht auf einer Neubewertung der Sicherheitsrisiken sowohl bei der Betreibung von Atomkraftwerken als auch der Sicherheit vor terroristischen Anschlägen und auf dem ungelösten Entsorgungsproblem für atomare Abfälle.

Bezüglich beider Punkte hat sich seither nichts zum Positiven verändert. Die Erzeugung von Strom durch Kernspaltung bleibt ein Risiko. Die Störanfälligkeit wird bei Laufzeitverlängerungen infolge des zunehmenden Alters der Anlagen noch zunehmen. Auch die Menschen, die sie steuern und überwachen, sind nicht unfehlbar. Deutschland hat nach wie vor kein Endlager, und Gorleben wird keins werden. Den Atommüll ins Ausland zu verschicken und damit die Risiken anderen aufzubürden, ist ebenfalls nicht zu akzeptieren. Damit hinterlässt die Atomindustrie den nachfolgenden Generationen eine hoch gefährliche Hypothek.

Drittens ist Uran ein nicht unbegrenzt verfügbarer Rohstoff. Deutschland ist zu 100 Prozent von Importen, z.B. aus Kanada, Kasachstan und Russland, abhängig. Kasachstan und Russland gehören aber nach politischem Willen der Bundesrepublik zu den Energierohstoff-Lieferanten, von denen sich Deutschland unabhängig machen will. Die

Legende von der Stromlücke bei Abschaltung von Atomkraftwerken ist in zahlreichen Studien widerlegt. Außerdem hatte die Stilllegung von mehreren Meilern auf Grund von Sicherheitsmängeln noch nie Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.

Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken verzögern die dringend notwendigen Investitionen in die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung und in erneuerbare Energien. Atomkraftwerke sind unflexibel und schwer regelbar. Die zentralistische Erzeugungs- und Versorgungsstruktur wird konserviert, die marktbeherrschende Stellung der vier großen Stromkonzerne verfestigt. Eine nachhaltige, dezentrale, nahe am Verbraucher befindliche und umweltfreundliche Energieversorgung wird blockiert.

■ Kernenergie wird – solange die Probleme bei den erneuerbaren Energien nicht gelöst sind – noch gebraucht.

Die Fraktion DIE LINKE fordert ihrem Antrag nach, an dem Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2021 festzuhalten. Was danach kommen soll, lässt sie leider unbeantwortet.

Es muss klar gesagt werden, dass es derzeit keine wirklichen Ersatzmöglichkeiten für die Gewinnung von Energie aus Kernkraftwerken gibt. Man kann es sich einfach machen, die Kernenergie trotzdem verfluchen, ohne dabei wirkliche Alternativen aufzuzeigen, oder man macht sich auf den schwierigen Weg, pragmatische Lösungen finden zu wollen.

Der Stromverbrauch in Deutschland nimmt ständig zu. Dieser wird zurzeit zu 50 Prozent aus Kernenergie und zu einem großen

Anteil aus Kohle- und Gaskraftwerken gedeckt. Nur etwa 17 Prozent stammen derzeit aus erneuerbaren Energien. Ich denke, da sind sich alle Parteien einig, dass dieser Anteil noch zu gering ist. Ein Ausbau ist dringend erforderlich. Dieser darf aber nicht auf Kosten der Verbraucher gehen. Wir müssen weg von einer ideologischen hin zu einer praxistauglichen Betrachtung der Energiepolitik. Jeder Energieträger muss in einem ausgewogenen und zukunftsfähigen Energiemix seinen Platz haben. Da kann nur wiederholt werden, was die FDP seit Jahren predigt:

„Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch falsch. Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht.“

Was man bei der ganzen Diskussion um die Kernenergie auch nicht vergessen darf ist, dass sie neben den erneuerbaren Energien einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Jährlich werden etwa 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch den Betrieb von Kernkraftwerken eingespart. Das ist annähernd so viel, wie durch den gesamten deutschen Straßenverkehr freigesetzt wird. Das sollte auch anerkannt werden.

■ **In ihrem Koalitionsvertrag haben die neuen Regierungspartner auf Bundesebene CDU, CSU und FDP vereinbart, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards zu verlängern. Der Landtag hat dieses Thema auf Antrag der Linksfraktion am 22. Oktober debattiert.**

# Landtag beschließt neues Finanzausgleichsgesetz

**Umschichtungen zugunsten zentraler Orte geplant**

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner Sitzung am 21. Oktober das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschlossen. Mit der Novellierung wird der Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen neu geregelt. Infolge zurückgehender Landeseinnahmen müssen Kommunen und Kreise in den kommenden Jahren mit geringeren Zuweisungen vom Land auskommen. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Dr. Gottfried Timm, verwies auf intensive Debatten im Ausschuss, die zum Teil zu Änderungen im Entwurf der Regierung geführt hätten. Der Innenausschuss empfiehlt seinen Worten nach mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen die Annahme des geänderten Entwurfs. Nach kontroverser Debatte im Landtag wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung von der SPD/CDU-Koalition beschlossen. Bei Gegenstimmen der Opposition verweigerten auch drei Abgeordnete der Koalition ihre Zustimmung. Eine SPD-Parlamentarierin enthielt sich. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Das ist eine gekürzte Version der Plenardebatte am 21. Oktober 2009.

Es sprachen außerdem Peter Ritter (DIE LINKE), nochmals Udo Pastörs (NPD) und Hans Kreher (FDP). Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)  
(Plenarprotokollauszüge)

Das FAG wurde in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/2873, geändert durch den Änderungsantrag auf Drucksache 5/2890, beschlossen. Die Änderungsanträge auf den Drucksachen 5/2881, 5/2882, 5/2883, 5/2884, 5/2885, 5/2886, 5/2888 und 5/2891 wurden abgelehnt.

**Helmut Holter, DIE LINKE:**

**„Die Kommunen müssen die notwendigen Aufgaben erfüllen können“**



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben eine Qualität in Mecklenburg-Vorpommern erreicht, die es noch nie gegeben hat. Eine Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, der komplett durch die kommunale Familie, den Bürgermeister in der kleinen Gemeinde, über die Landrätinnen und Landräte bis zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, bis zu den Oberbürgermeistern und der Oberbürgermeisterin komplett durchgängig abgelehnt wird [...]

Ich will das an einem Beispiel sehr deutlich machen: Eine kreisangehörige Gemeinde

im Vorpommerschen mit 1.241 Einwohnerinnen und Einwohnern muss im Jahr 2010 gegenüber diesem Jahr mit 54.000 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen rechnen [...]. Die Gemeinde verliert bei den eigenen Steuereinnahmen 29.000 Euro [...] das sind insgesamt 83.000 Euro weniger gegenüber diesem Jahr. Gleichzeitig steigen die Amts- und die Kreisumlage um 94.000 Euro. Also verbleibt der Gemeinde [...] nach Zahlung der Umlagen ein absoluter Betrag von sage und schreibe 50.000 Euro.

Diese Gemeinde hat aber Pflichtaufgaben

wie die Schule – gleich 100.000 Euro, wie die Kita-Betreuung – gleich 140.000 Euro, wie die Feuerwehr – gleich 20.000 Euro. Das sind die Ausgaben, die für diese Gemeinde im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen. Das ist mehr als das Fünffache, als sie tatsächlich über die verbleibenden Einnahmen zur Finanzierung zur Verfügung hat. Das, meine Damen und Herren, kann doch nun wirklich nicht sein. Wir können doch nun wirklich nicht die Gemeinden in die Katastrophe führen [...]

Es geht nicht nur um die Verteilungsprinzipien, es geht auch um die Höhe der Finanzausgleichsmasse. Das müssen Sie als Kritik zur Kenntnis nehmen! [...] Die Finanzlage der Kommunen zeigt die Dramatik der Situation. Sie zeigt, dass unsere Städte, Gemeinden und Kreise die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, sprich die drastischen Einnahmeeinbrüche, nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Wir haben sinkende Einnahmen, wir haben steigende Ausgaben und es gibt für die Gemeinden und für die kommunale Ebene nur begrenzte Möglichkeiten der Kreditaufnahme [...]

Hinzu kommt, dass mit der Wirtschaftsentwicklung das Aufkommen aus der Gewerbesteuer schwankt, und zwar so, dass stabile Einnahmen für die Kommunen hier eine Illusion sind. Gerade jetzt in den Zeiten der Krise befinden sich die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen im Sinkflug und gleichzeitig wachsen die Belastungen auf der Ausgabenseite, von den Ausgaben bei sozialen Leistungen gar nicht zu reden, die steigen unaufhörlich. [...]

Und deswegen sagen wir: Die Kommunen müssen die notwendigen Aufgaben erfüllen können. Aber nach dem FAG, welches Sie heute abschließend beraten und verabschieden wollen, wird es dann nicht mehr möglich sein.

Was passiert denn in einem Dorf oder auch in einer Stadt, wenn die Zuschüsse, sprich die freiwilligen Ausgaben für Sport, Kultur, Senioren- und Jugendarbeit, überhaupt nicht mehr leistbar sind? Soll denn zukünftig das Treffen der Ehrenamtlichen, die geehrt werden sollen, so funktionie-

ren, dass jeder nicht nur seine Tasse, seinen Löffel und seinen Teller mitbringt, sondern auch den Kuchen und den Kaffee, der bei dieser Runde getrunken werden soll? [...]

Wie sollen sich die Menschen denn zukünftig bürgerschaftlich, zivilgesellschaftlich beteiligen am Leben in ihrer Stadt? Wie sollen sie an einer Selbstorganisation des Dorfes teilnehmen? Wie wollen sie denn aktiv mitgestalten, wenn der Wunsch und auch der Wille vieler, möglichst der gesamten Gemeinschaft eines Ortes, nicht umgesetzt werden kann, wenn das nötige Kleingeld in der kommunalen Kasse fehlt? Das sind die Konsequenzen! [...]

Und so mancher Bürgermeister hat mich nicht nur heute vor dem Schloss gefragt: Was soll ich denn zukünftig eigentlich noch machen? Und ob ich noch mal antrete bei der Wahl, das steht infrage. Das sind die Konsequenzen dieser Politik, die Sie mit dem FAG, welches heute verabschiedet werden soll, auf den Weg bringen werden [...]

Ich glaube, dass ich nicht übertreibe, dass Ihre Politik, die Politik von SPD und CDU, gegenüber den Kommunen eine verschärfte soziale und kulturelle Krise hervorrufen wird. [...]

Ich bitte Sie, gehen Sie in sich und verhindern Sie, dass dieses Gesetz heute hier verabschiedet wird!

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, behaupten, Sie wollen krisenfesten und zukunftsfähigen Kommunalfinanzen. [...] Sie haben heute die Gelegenheit zu beweisen, dass Sie Ihre politischen Aussagen, Ihre Sprüche tatsächlich wahr machen, indem Sie zumindest unseren Änderungsanträgen zustimmen, damit die Beteiligungsquote und andere Punkte in diesem Gesetz nachgebessert werden und die Kommunen auch ab 2010 lebensfähig sind.

Sie können auch eins nicht wollen, einen ausgeglichenen Haushalt für das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern lassen [...]"

**Minister Lorenz Caffier:**

## „Land und Kommunen bilden eine Schicksalsgemeinschaft“



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Kollege Holter, an und für sich wollte ich erst zum Schluss meiner Rede auf Sie eingehen [...] Aber so grundsätzliche Entscheidungen vergesse ich nicht. Und [...] es ist so, dass man in Ihrer Regierungsmitverantwortung entschieden hat, eben nicht die Mindestfinanzierungsgarantie zu behalten, sondern auf

den Gleichmäßigkeitsgrundsatz zu gehen [...] Diese Entscheidung ist sogar vor dem Gericht gelandet und das Verfassungsgericht hat entschieden, dass der Gleichmäßigkeitsgrundsatz rechtens ist. [...]

Unbestritten [...] befinden sich sowohl Land als auch Kommunen aufgrund des dramatischen Einbruchs der Steuereinnahmen in einer ausgesprochen schwierigen

Situation. Jedoch sollten wir in der politischen und rechtlichen Auseinandersetzung berücksichtigen, dass die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes zunächst vollkommen unabhängig von den Steuerschätzungen stattfindet [...]

Auch ohne eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes werden wir alle mit dem Rückgang der Solidarpaktmittel von derzeit rund 1 Milliarde Euro bis auf Null im Jahre 2020, dem Einwohnerrückgang, [...] den unerwarteten Steuereinbrüchen und einer Weltwirtschaftskrise [...] konfrontiert [...]

Die durch die demografische Entwicklung und die Reduzierung der Zuweisungen aus dem Solidarpakt II verursachten Rückgänge der Zuweisungen sind aber eben nicht wie ein Blitz vom heiteren Himmel gekommen. Seit drei Jahren [...] machen wir [...] immer darauf aufmerksam, dass wir eine sich verschlechternde Finanzsituation haben [...] Das ist von allen ignoriert worden. Und insofern kann man sich nicht heute hinstellen und sagen: Es ist eine vollkommen neue Situation eingetreten. Es gibt nur einen Punkt, der neu eingetreten ist, und das ist die Wirtschafts- und Finanzkrise. [...]

Das Finanzausgleichsgesetz – und auch das kann ich nur wiederholen – ist eben keine Gelddruckmaschine. Es kann nur das Geld verteilen, was Land und Kommunen zur Verfügung steht. [...]

Das Landesverfassungsgericht hat nach eingehender Prüfung im Jahre 2006 den Gleichmäßigkeitsgrundsatz als verfassungskonform erklärt. [...] Über viele Jahre haben die Kommunen in hohem Maße, und zwar mehr noch als das Land, davon profitiert. [...] Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz ist keine Regelung nur für gute Zeiten, sondern er bedeutet, dass Land und Kommunen eine Schicksalsgemeinschaft bilden, und zwar in guten wie in schlechten Zeiten. [...]

Ein Hauptziel der Novellierung ist es, die 99 Zentren des Landes im Verhältnis zu den anderen Gemeinden zu stärken und ihre Finanzausstattung mittel- und langfristig zu stabilisieren. Nur so [...] kann auch in Zukunft die strukturgerechte Versorgung der Bürger, insbesondere im ländlichen Raum, sichergestellt werden. Durch die Erhöhung des Vorwegabzuges um weitere 30 Millionen Euro auf 137,3 Millionen Euro und die Änderung der Ver-

teilung wird dies sichergestellt. Auch die ab 2012 beabsichtigte Reduzierung der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern ordnet sich in diese Strategie ein, da die so freiwerdenden Mittel auf die größeren Gemeinden umverteilt werden. [...]

An dieser Stelle muss ich aber mit einem Missverständnis, das in den Diskussionen der letzten Tage immer wieder aufgetreten ist, aufräumen. Immer wieder werden die voraussichtlichen Zuweisungen [...] im Jahre 2010 mit denen des Jahres 2009 verglichen. Dabei wird übersehen, dass unabhängig vom Rückgang der Finanzausgleichsleistungen insgesamt die Steuereinnahmen jeder einzelnen Kommune von Jahr zu Jahr deutlichen Schwankungen unterliegen. So kann eine Gemeinde, die in einem Jahr aufgrund ihrer besonderen Steuerstärke keine Schlüsselzuweisungen erhält [...] im nächsten Jahr durch Gewerbesteuerückzahlungen zu einer Empfängerkommune werden.

Das hat zur Folge, dass andere Kommunen [...] im solidarischen Finanzausgleich geringere Schlüsselzuweisungen erhalten. Das ist das Grundprinzip eines Solidarprinzips [...]. So führt der Steuerkraft-

einbruch im Jahr 2008 der kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis Demmin beispielsweise automatisch dazu, dass dieser Landkreis im Jahr 2010 einen deutlich höheren Anteil an Schlüsselzuweisungen erhalten wird, [...] der trotz des deutlichen Rückgangs der Finanzausgleichsleistungen insgesamt noch über den Zuweisungen des Jahres 2009 im Landkreis liegt. Auch dies verdeutlicht anschaulich, dass ein jahresübergreifender Vergleich von 2009 auf 2010 nicht sachgerecht und auch nicht inhaltsgerecht ist. [...]

Lassen Sie mich mit Nachdruck betonen, dass das Land seiner Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen im Rahmen der Möglichkeiten gerecht wird. Auch im Jahr 2009 erhalten unsere Kommunen im Vergleich der neuen Bundesländer nach wie vor den höchsten Zuweisungssatz an Einwohnern pro Gemeinde. [...]

Wer Zukunft für das Land gestalten will, der muss im Interesse des Landes und der Kommunen diesem Gesetz zustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

**Sigrun Reese, FDP:**

## „Das FAG ist weder fair noch aufgabengerecht“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Anstatt die Kommunen [...] gut zu rüsten, reicht die zur Verfügung stehende Finanzmasse nicht aus, um die Aufgaben angemessen erfüllen zu können. [...] Nach wie vor hält das Innenministerium an der Schaffung einer Zweiklassengesellschaft im kreisangehörigen Raum fest. [...] Nach wie vor ist der Gesetzentwurf von Sanktio-

nen anstatt von Honorierungen geprägt. Durch die Veränderung der Teilschlüsselmassen mit einer erheblichen Kürzung gerade für die kreisangehörigen Gemeinden und einer Aufstockung bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten werden die Zentren und der kreisangehörige Raum gegeneinander ausgespielt. [...]

Das FAG [...] ist [...] weder fair noch aufgabengerecht, noch transparent und schon gar nicht schlüssig. Die klare Botschaft [...] ist: Ihr Kommunen bekommt 15 Prozent weniger Geld. Seht zu, wie ihr klarkommt! [...]

Trotz Ihrer großmundigen Ankündigungen lassen Sie [...] die Gemeinden im sprichwörtlichen Regen stehen. [...] Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Finanzausgleichsgesetz, welches sich an den Bedürfnissen der kommunalen Ebene orientiert und einem Grundsatz der gewissen Stetigkeit folgt. [...]

Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern sollen nach Auffassung der Landesregierung künftig passé sein und von der kommunalpolitischen Landkarte verschwinden. Dies ist für meine Fraktion nicht hinnehmbar. [...]

Nicht eine Kommune, nicht ein kommunaler Spitzenverband hat den vorliegenden Gesetzentwurf während der Anhörung im Innenausschuss auch nur im An-

satz befürwortet. Unserem Antrag zur grundsätzlichen Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes wurde erst die Dringlichkeit abgesprochen und anschließend wurde er durch die Koalition in Gänze abgelehnt. Somit wurde der Weg für das vorliegende Gemeindeverschuldungsgesetz endgültig frei gemacht. [...]

Mit dem Gesetzentwurf werden viele Kommunen für ihre Konsolidierungsbe-

mühungen bestraft [...] Schnell wurde [...] deutlich, dass die prognostizierten Mindereinnahmen nicht aus dem laufenden Haushalt und auch nicht durch Sparen bei den freiwilligen Leistungen auszugleichen sind. [...] Die Kommunen werden [...] zusätzlich zur Schuldenaufnahme und damit im Weiteren zum Aufgeben der kommunalen Selbstverwaltung gedrängt. [...]

Sehr geehrte Kollegen der Koalition, denken Sie immer daran, dass Demokratie [...] von unten nach oben gelebt wird und die Kommunen die ersten Ansprechpartner der Bürger vor Ort sind. Deshalb bedarf es starker Kommunen im Land. [...] überarbeiten Sie den Gesetzentwurf grundlegend und besiegeln Sie nicht den Untergang der kommunalen Selbstverwaltung! [...]"

**Heinz Müller, SPD:**

## „Dieser Gesetzentwurf ist vernünftig und gut“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Holter, ich habe mich heute Morgen vor dieser Sitzung vor das Schloss begeben und ich habe mit den Kommunalpolitikern diskutiert. Ich war nicht der Einzige, der das getan hat, sondern verschiedene Abgeordnete der demokratischen Fraktionen haben dies getan. Wir haben dort Sachdarstellungen und Bewertungen gehört, die uns nicht neu sind. Wir haben diese Sachdarstellungen und diese Bewertungen in einer Fülle von Stellungnahmen bekommen, die uns schriftlich zugegangen sind. Das ist durch die Medien gegangen. Es gab eine Fülle von Presseartikeln dazu und es gab sehr viele persönliche Gespräche zu diesem Thema.

Meine Damen und Herren, ich bin zutiefst überzeugt, dass wir das, was wir dort gehört haben, sehr, sehr ernst nehmen müssen.

Ich bin ganz sicher, dass wir auf der kommunalen Ebene in den nächsten zwei Jah-

ren, mindestens zwei Jahren, eine außerordentlich schwierige Situation bekommen werden und dass wir als Land sehen müssen, wie wir Hilfestellung leisten, denn wir als Land haben ein Interesse an einer funktionierenden, an einer starken, an einer handlungsfähigen kommunalen Ebene. [...]

Ich bin in dieser Diskussion, die ich heute Morgen geführt habe, auch aufgefordert worden, sehr nachdrücklich aufgefordert worden, diesem Gesetzentwurf, der hier vorliegt, nicht zuzustimmen. [...]

Meine Damen und Herren, ich glaube, hier herrscht vielfach die Überzeugung, dass, wenn wir diese Novelle des Finanzausgleichsgesetzes nicht beschließen würden,

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine andere, Herr Müller, wir brauchen eine andere. Wir brauchen eine andere Novelle.)*

wenn wir diesen Gesetzentwurf ablehnen würden, dass wir dann zu einer positiven Situation kämen und dass die Probleme, die wir auf der kommunalen Ebene haben, durch einen Zauberschlag plötzlich aus der Welt wären.

Diese Auffassung, meine Damen und Herren, ist komplett falsch.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Finanzausgleichsgesetz. Und wenn wir es nicht verändern, dann gilt das bestehende Finanzausgleichsgesetz selbstverständlich weiter. [...]

Wenn wir das FAG heute ablehnen und wenn das alte FAG einfach weitergilt, wird der kommunalen Ebene kein Cent mehr zur Verfügung gestellt. Im Gegenteil, das, was wir der kommunalen Ebene zur Verfügung stellen, wird nach den Kriterien verteilt, die heute im FAG stehen. Diese Kriterien, meine Damen und Herren – ich darf insbesondere die FDP daran erinnern –, haben wir in diesem Landtag mehrheitlich für falsch gehalten.

Wir haben, als wir den Gesamtrahmen für die Verwaltungsreform beschlossen haben, [...] mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP sehr deutlich gesagt, wir brauchen eine Veränderung des FAG, die Zuweisungen müssen nach anderen Kriterien erfolgen und wir brauchen dabei eine Stärkung der Zentren.

Wenn wir heute dieses Gesetz ablehnen, wird dieser Vorschlag des Landtages, dieser nachdrückliche Wunsch des Landtages nicht umgesetzt, sondern es bleibt bei der jetzigen Verteilung.

Und dies, meine Damen und Herren, wollen wir als Koalition nicht.

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)*

[...] Ich bin überzeugt, dass wir in den letzten Jahren gerade die kreisfreien Städte zu schlecht behandelt haben und dass wir hier korrigieren müssen. [...]

Solche Umverteilungen, meine Damen und Herren, wollen wir als Koalition und genau die beschließen wir mit diesem Finanzausgleichsgesetz. [...]

Also, meine Damen und Herren, Zustimmung, weil wir vernünftige Umverteilungen haben und weil wir durch diese vernünftige Umverteilung Gewinner haben. Gewinner sind die, die einen höheren Anteil an der Gesamtmasse bekommen, und das sind die Zentren. Und jetzt passiert das, was die Situation so schwierig macht. Die Gewinner, also die Zentren, sagen uns, wir sind Verlierer. Sie vergleichen ihre Zuweisung des Jahres 2010 mit ihrer Zuweisung 2009 und stellen fest, das ist weniger – bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger – und begreifen sich [...] als Verlierer. Das ist das Grundproblem, an dem diese Debatte, vor allen Dingen die öffentliche Debatte, meine Damen und Herren, krankt.

Wir haben nämlich zwei Entwicklungen, die sich überlagern. Wir haben zum einen einen Gesetzentwurf, der die vorhandenen Finanzmittel anders verteilt. Dieser Gesetzentwurf ist vernünftig und gut.

Wir haben auf der anderen Seite die Tatsache, dass die Summe des Geldes, das überhaupt zur Verteilung ansteht, massiv zurückgeht.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Korrekt, ja.)*

Und dieses massive Zurückgehen hat mit der Novelle des FAG nichts zu tun. Dieses massive Zurückgehen [...] ist ursächlich zurückzuführen auf den Verlust an Einwohnern, ist ursächlich zurückzuführen auf den Rückgang der Solidarpaktmittel und ist ursächlich zurückzuführen auf die Steuereinträge im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise. All dies sind keine Dinge, die wir mit der Novelle des FAG auslösen, sondern dies sind Dinge, die unabhängig davon laufen.

Wir haben, meine Damen und Herren, im FAG keine absoluten Beträge stehen, wie viel wir der kommunalen Ebene zur Verfügung stellen, sondern wir haben einen Rechenweg im FAG stehen, wie errechnet wird, mit welchem Betrag die kommunale Ebene an den Gesamteinnahmen

beteiligt wird. Und dies, Herr Ritter, haben wir damals gemeinsam beschlossen. [...]

Diese Entscheidung haben wir gemeinsam getroffen, zu dieser Entscheidung stehe ich heute noch und ich glaube, dass diese Entscheidung eine richtige Entscheidung war. Leider haben Sie sich davon verabschiedet. [...]

Also, meine Damen und Herren, das Kernproblem ist die zurückgehende zur Verfügung stehende Finanzmasse.

Dafür hat uns DIE LINKE – ich muss einmal sagen, da sind Sie ein Stück ehrlicher als die FDP – wenigstens einen Vorschlag präsentiert, wie Sie das Problem lösen wollen. Die FDP ist die Antwort komplett schuldig geblieben, aber sie bleibt vieles schuldig. Die Linken haben uns gesagt, das machen wir einfach in der Weise, dass das Land sich verschuldet und wir dieses Geld der kommunalen Ebene weiterleiten. [...]

Das Land soll sich doch um 153 Millionen in 2010 und 153 Millionen in 2011 verschulden und soll das der kommunalen Ebene weiterleiten.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl. – Helmut Holter, DIE LINKE: Das halte ich auch für gerechtfertigt.)*

Das ist Ihr Lösungsvorschlag. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Lösungsvorschlag auf Dauer die Probleme nicht lösen wird.

Wir alle wissen, dass wir in einer Situation sind, in der wir schon in wenigen Jah-

ren Verschuldung als Mittel der Landespolitik überhaupt nicht mehr zur Verfügung haben.

Ich denke, wir sollten uns darauf verständigen, dass wir eine Lösung finden, die uns nicht dauerhaft in eine schwierige Situation stürzt, sondern die in diesen beiden Jahren 2010 und 2011, für die wir ganz besondere Probleme erwarten, die größten Härten abfedert, wobei wir den Kommunen ganz konkret helfen.

Das, meine Damen und Herren, scheint mir ein vernünftiger Weg zu sein, es ist auch ein praktikabler Weg. Deswegen lassen Sie uns diesem Finanzausgleichsgesetz in der hier vorliegenden Form zustimmen und lassen Sie uns zugleich das sagen, was die Koalition, mein Fraktionsvorsitzender an der Spitze, in den letzten Wochen mehrfach gesagt hat: Wir werden uns, wenn wir die Zahlen der Steuerschätzung vorliegen haben, an einen Tisch setzen und wir werden sehen, dass wir Wege finden, wie wir die größten Probleme abfedern und abmildern, und werden den Kommunen konkret helfen. [...]

Heute machen wir als Landtag unsere Hausaufgabe. Und unsere Hausaufgabe heißt: Zustimmung zu diesen sinnvollen Umverteilungen und gleichzeitig darauf schauen, dass wir die kommunale Ebene handlungsfähig halten und die größten Ungerechtigkeiten abfedern. Dazu sehen wir uns im November wieder. – Herzlichen Dank.

### Kommunaler Finanzausgleich

Demokratische Gestaltung setzt voraus, dass die Kommunen tatsächlich in der Lage sind, eigenständig und selbstverantwortlich zu entscheiden. Dabei erfordert die kommunale Selbstverwaltung eine ausreichende finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Landkreise. Um die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Kommunen zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben auszugleichen, stellt das Land im Wege des Finanzausgleichs die erforderlichen Mittel zur Verfügung (Artikel 73 der Landesverfassung). Das Finanzausgleichsgesetz M-V (FAG) regelt die Bildung und Verteilung dieser Leistungen des Landes an die kommunalen Gebietskörperschaften des Landes (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise). Neben dem Bereitstellen von verfassungsmäßig begründeten Finanzmitteln des Landes an die Kommunen (vertikaler Finanzausgleich) wird bei der Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen das Solidarprinzip verfolgt, d.h. steuerstärkere Gemeinden erhalten einen geringeren Anteil als steuerschwache (horizontaler Finanzausgleich).

[www.regierung-mv.de](http://www.regierung-mv.de) (Innenministerium)

**Udo Pastörs, NPD:**

## „Ihre Fixiertheit auf Oberzentren ist politisch falsch“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Müller hat eine wohlfeile Rede gehalten. [...]

Herr Müller, es mag sein, dass das Technokratische dieses Gesetzes dann funktioniert, wenn man in der Vertikalen von oben genug Geld hineindrückt, dass dann in der Horizontalen überall bis in die letzte Gemeinde so viel ankommt, dass die Gemeinde lebensfähig bleibt. Allein nur von oben kommt nicht so viel Geld rein, dass auch die kleinen Gemeinden und die Städ-

te, die jetzt schon Not leiden, in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und ich spreche hier von Pflichtaufgaben und noch nicht einmal von den Aufgaben, die die Städte und Gemeinden auf der freiwilligen Ebene erfüllen müssen.

Denn nur, wenn sie das können, meine Damen und Herren, ist die kommunale Selbstverwaltung mit Leben erfüllt. Was Sie hier heute beschließen wollen, das ist ein Auszehren in der Fläche. Ihre Fixiertheit auf Städte, Oberzentren und die damit konzentrierte Mitteleinsetzung für diese

Konzeption ist aus unserer Sicht politisch falsch. Das FAG ist nichts anderes als der billige Versuch, hier auf Kosten der Kommunen und Städte den Landeshaushalt zu sanieren, auf Teufel komm raus einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten. Was draußen an der Basis passiert, das interessiert den Landtag einen feuchten Dreck. Diesen Eindruck haben Sie hier ganz deutlich erweckt, Herr Müller. [...]

Schauen wir uns nicht die Fälle an, die uns gerade der Herr Innenminister vorgetragen hat – wie wunderschön die Mehreinnahmen sind. Wir haben das gehört. Schauen wir uns doch auch einmal an, wie es in Städten und Gemeinden aussieht, und das ist die Mehrheit, Herr Innenminister, wo das ganz andersherum Auswirkungen auf die Finanzausstattung dieser Städte und Kommunen hat. Nicht wenige Städte und Gemeinden verwenden bereits 64 Prozent ihres Gesamthaushaltes für Sozialausgaben. Der Landkreis Demmin hat zum Beispiel mittlerweile schon eine Kreisumlage von sage und schreibe 44 Prozent.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, na und?!)*

Ja, na und, sagen Sie, Herr Nieszery. Sie sind ein Ignorant und nicht mehr. [...]"

**Torsten Renz, CDU:**

## „Ein wichtiges Ziel ist die Stärkung der Zentren“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zum eigentlichen Inhalt meiner Rede komme, auf zwei, drei Dinge eingehen, die können wir so nicht stehen lassen.

Herr Holter, Sie haben hier der Öffentlichkeit suggeriert, dass die Höhe der Einnahmen nicht feststeht. Da kann ich nur mal bekannt geben: Wenn die Höhe der Finanzausgleichssumme mit 1,159 Milliarden feststeht und wenn das 33,99 Prozent

entspricht, dann [...] kann man den Ausgangswert ausrechnen. Man kann aber auch [...] in den Entwurf des Doppelhaushaltes gucken. Insofern haben wir schon eine solide Berechnungsgrundlage. [...]

Ich möchte kurz eingehen auf die Anträge der FDP. [...] Frau Reese: Sie haben einen Bruch in Ihrer Argumentation vollzogen, weil Sie [...] durch das Vorlegen Ihrer Änderungsanträge das FAG in der Sache an sich bestätigen. Sie bestätigen die Beteiligungsquote und [...] damit auch das, was bei den Kommunen ankommen soll [...] nämlich diese 1,159 Milliarden Euro. [...] Ihre Anträge im Detail führen dazu, dass das Gesetz an diesen Stellen in das Gegenteil verkehrt wird, und das können wir logischerweise nicht zulassen. [...]

Wir haben nicht nur heute hier im Landtag, sondern auch in Gesprächen vor Ort [...] eine sehr emotionale Diskussion geführt. [...] Das bringt uns in der Sache keinen Schritt weiter. [...] Insofern bin ich der Auffassung, dass wir hier auch keine Massediskussion führen wollen, weil die nämlich außerhalb des FAG geregelt wird, sondern wir sollten uns mit dem Gesetzesgegenstand auseinandersetzen. Der [...] regelt die Verteilungsmechanismen. [...]

Wir (können) bei dieser Diskussion [...] die Rahmenbedingungen [...] nicht ausblenden [...] dass in diesem Jahr noch Solidarpaktmittel von 921 Millionen Euro fließen werden, dass diese Solidarpaktmittel jährlich zurückgehen, [...] dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung weiter verminderte Einnahmen haben, [...] dass wir aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Maisteuerschätzung im Vergleich zu 2008 für das Land einen Rückgang von 1,5 Milliarden Euro haben werden und für die Kommunen von 607 Millionen Euro. [...]

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen sind wir in der Pflicht [...], dauerhaft tragfähige kommunale Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten. Und genau aus diesem Grunde müssen wir uns auseinandersetzen mit der Grundlage dieses Gesetzesentwurfs, mit dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz. [...]

Das Landesverfassungsgericht (hat) am 11. Mai 2006 diesen Gleichmäßigkeitsgrundsatz bestätigt und dem Gesetzgeber mit ins Stammbuch geschrieben, dass laufend beobachtet werden muss, ob sich die Ausgaben und die Einnahmen beim Land und bei den Kommunen gleichmäßig entwickeln. Diese Beobachtungspflicht kann schon vor Ablauf des gesetzlich bestimmten Zeitraums von vier Jahren in eine Handlungspflicht übergehen. [...] Das verbessern wir, indem wir [...] im § 7 diese Überprüfung auf einen Rhythmus von zwei Jahren reduzieren. [...] Herr Holter, [...] Sie hätten in Ihrer Regierungsverantwortung schon lange reagieren können. Unter Ihrer Beteiligung lag der Überprüfungsrhythmus bei vier Jahren. [...]

Die Ausgangssituation der Kommunen [...]. Das hat der Gesetzgeber überprüft für einen Zeitraum von 2000 bis 2006 [...]. Er hat festgestellt, dass wir [...] bei der kommunalen Ebene eine Ausgabensteigerung

von 9,5 Prozent zu verzeichnen haben. [...] Die Ausgangssituation des Landes (hat) sich vergleichbar entwickelt [...].

Das bedeutet, einnahmeseitig bricht gleichmäßig etwas weg und ausgabenseitig haben das Land und die kommunale Familie gleiche Lasten zu tragen. [...]

Wir sagen: Den Gleichmäßigkeitsgrundsatz behalten wir bei [...] Das ist das Prinzip der Solidargemeinschaft [...]. Und aus diesem Grund ist der Antrag der Linken, der [...] suggeriert, wir legen drei Prozent in der Beteiligungsquote oben drauf, unseriös, weil er nicht untersetzt ist. [...]

Auch ich werde konfrontiert mit [...] Aussagen vor Ort, [...], hier wird einseitig alles durchgereicht an die Kommunen, wir lassen die Kommunen im Regen stehen [...].

Wenn man nur die Personalentwicklung des Landes betrachtet. [...] von 1991 bis zum Jahr 2000 [...] erfolgte in der Landesverwaltung ein Stellenabbau von 10.000 Stellen. [...] Die Landesregierung hat in diesem Punkt keinen Halt gemacht, sondern [...] ein Personalkonzept 2004 aufgelegt. [...] Das beinhaltet, dass weitere 10.000 Stellen [...] abgebaut werden. [...] Das Personalkonzept 2010 sieht eine weitere Stellenreduzierung [...] vor. [...]

Was will ich Ihnen hiermit sagen? Ich will auch der Öffentlichkeit sagen, [...] dass das Land auch seine Hausaufgaben macht. [...] Insofern (muss) ich das Argument zurückweisen, dass wir uns auf Kosten der Kommunen sanieren.

Ein weiterer Punkt: [...] Es ist unseriös, [...] die Finanzmasse von 2010 zu vergleichen mit 2009 oder 2008, weil das die Zeiten waren, wo wir die höchsten Zuweisungen hatten. [...]

Ein weiterer wesentlicher Punkt [...] ist die Stärkung der Zentren. Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass gerade die CDU-Landtagsfraktion ein besonderes Herz für die Kommunen im ländlichen Bereich [...] hat. [...] Dass die Herren von der linken Seite gerade [...] bei Strukturentwicklung und Stärkung der Zentren [...] ihren wunden Punkt sehen, das kann ich verstehen, weil es ist einfach so, dass das Landesraumentwicklungsprogramm 2005 viele wesentliche Dinge enthält. [...]

Sie fordern eine gleichberechtigte Entwicklung der Zentren und der ländlichen Räu-

me. [...] Sie wissen auch, was Sie in dieses Landesraumentwicklungsprogramm geschrieben haben: „Zur Wahrnehmung ihrer überörtlichen Aufgaben erhalten Zentrale Orte Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz.“ Also hier haben Sie schon eine gewisse Weichenstellung vorgenommen. [...] Wenn Sie dann weiter schreiben [...]: „Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahren Versorgungsstrukturen ausgedünnt bzw. zurückgebaut werden müssen. Sofern ein Rückbau von Infrastruktur erforderlich wird, hat dieser zunächst außerhalb der Zentralen Orte zu erfolgen.“ [...]

Passen Sie auf, was Sie für eine Politik machen, wenn Sie uns und der Öffentlichkeit hier suggerieren wollen, dass Sie jetzt die Finanzzuweisungen umkehren wollen.

Wir sagen, dieser Gesetzesentwurf ist notwendig, um die Zentren zu stärken und auch insbesondere die Grundzentren, um die vorrangigen Versorgungsaufgaben [...] für die Bevölkerung in diesem Nahbereich zu erhalten. [...]

Es (ist) gelungen, durch die Koalitionsfraktionen aufgrund der Anhörung im Innenausschuss Korrekturen vorzunehmen. [...] Viele Kommunen (können) die Kosten im Sozial- und Jugendhilfereich nicht allein tragen. [...] Deshalb haben wir beschlossen [...], dass bis zu 50 Prozent eventuell vorhandener [...] Überschussbeträge an diese Kommunen gezahlt werden können. [...]

Ich möchte [...] zusammenfassen:

Das Finanzausgleichsgesetz regelt den Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen wie auch zwischen einzelnen Kommunen. [...] An den Grundsätzen für die Berechnung der Finanzausgleichsmasse wird sich [...] nichts ändern. Geringere Zuweisungen sind ausschließlich auf die schlechte wirtschaftliche Situation [...] zurückzuführen. Der Gesetzesentwurf wirkt sich besonders positiv auf die Ober- und Grundzentren aus. [...]

Und wenn uns vorgeworfen wird, wir lassen die Kommunen im Regen stehen, kann ich Ihnen nur sagen: Wir werden den Schirm aufspannen! [...]

Die CDU-Fraktion wird [...] dem vorliegenden Gesetzesentwurf zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

# Ostseegipfel

*Die Ostseeregion voranbringen, die Krise bewältigen*

■ Die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft der Ostseeregion, die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Überwindung, umweltrelevante Herausforderungen, Klima- und Energiefragen, die Ostseestrategie, unternehmerische Fragen der Zusammenarbeit und regionale Fragen der Außenpolitik standen im Mittelpunkt des diesjährigen Ostseegipfels am 5. und 6. Oktober in Stockholm. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider vertrat die Ostseeparlamentarierkonferenz bei diesem Gipfeltreffen, das von der schwedischen Kronprinzessin Victoria eröffnet wurde.

Die EU-Ostseestrategie und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Ostseeraum waren die Kernthemen dieses Gipfels, an dem vier Premierminister und eine Reihe von Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Außenministern der Ostseeanrainerstaaten teilnahmen. Die Konferenz betonte die Notwendigkeit starker internationaler Kontrollinstitutionen und einer stärkeren Vernetzung der Regionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die kürzlich vom EU-Ministerrat verabschiedete EU-Ostseestrategie gesteht der Ostseeregion als erster Makroregion in der Europäischen Union eine eigene Strategie zu, die zum Vorbild für andere europäische Regionen werden kann. Die Strategie und der Aktionsplan sind erste Schritte für

eine stärkere Integration und eine bessere Koordination innerhalb der Staaten und Regionen des Ostseeraums. Die Bearbeitung der Strategie über alle Politikebenen hinweg unter Einbeziehung aller Interessenvertreter wurde als gelungenes Beispiel kooperativer Politikgestaltung herausgestellt. In dem intensiven Dialog zwischen Politik und Wirtschaft wurden mögliche Wege aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise diskutiert.

Im Rahmen einer Diskussion mit dem gegenwärtigen EU-Ratsvorsitzenden, dem schwedischen Premierminister Fredrik Reinfeldt, betonte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider entsprechend den Beschlüssen der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz, des Parlamentsfo-

rum Südliche Ostsee und des Landtages M-V die Notwendigkeit, die Parlamente des Ostseeraumes intensiv zu beteiligen. Dies sei im Sinne einer möglichst bürgernahen Umsetzung der Ostseestrategie, „denn die Parlamente vertreten die Bürger in den Regionen“, so die Politikerin. Wichtig sei außerdem die Einbeziehung aller Ostseeanrainerstaaten, insbesondere Russlands, in die Umsetzung der Strategie.

Im Rahmen des Ostseegipfels verliehen der County Gouverneur von Stockholm, Per Unckel, und der Vorstandsvorsitzende von ScanBalt und frühere Bildungsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Professor Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann, den ScanBalt Bridge Award auch an Wissenschaftler aus Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Wissenschaftspreis hatten die medizinischen Fakultäten der Universitäten Greifswald und Lund 1996 ins Leben gerufen, um die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Norden der Europäischen Union besonders im Bereich der Lebenswissenschaften zu fördern.

## Danziger Gespräche

*Sicherheit und Tourismus im Ostseeraum*

■ Im Rahmen der 10. internationalen Sicherheitskonferenz „Danziger Gespräche“ plädierte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider – auch in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Landestourismusverbandes – dafür, Sicherheitsaspekte stärker in die Tourismusstrategie für den Ostseeraum einzubeziehen.

In ihrer Rede unterstrich Bretschneider die wachsende Bedeutung des Themas Sicherheit für die weitere erfolgreiche Tourismusentwicklung im Ostseeraum. „Der Tourismus ist in vielen Ostsee-Anrainerstaaten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, und seine Bedeutung wird weiter zuneh-

men“, betonte sie. Sicherheit sei dafür eine unverzichtbare Grundvoraussetzung. Die Tourismusstrategie für den Ostseeraum müsse deshalb Sicherheitsaspekte einschließen. „Um weiterhin erfolgreich zu sein, müssen unsere Gäste bei uns sicher sein und sich sicher fühlen – ohne dass Sicherheitsvorkehrungen abschreckend wirken“, so Bretschneider. Fragen der Sicherheit würden immer wichtiger für Touristen bei der Auswahl der Reiseziele. Ein sicheres Umfeld für den Urlaub werde damit zu einem wichtigen Standortvorteil im weltweiten Wettbewerb.

Im Rahmen ihrer Ausführungen ging Sylvia Bretschneider auch auf die Arbeit des Parlamentsforums Südliche Ostsee und die aktuellen Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz zur zivilen und maritimen Sicherheit in der Ostseeregion ein und plädierte für eine weitere Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Koordination. Dabei betonte sie die Notwendigkeit einer einheitlichen, die gesamte Ostsee abdecken-

den Seeraumüberwachung und sprach sich für weitere Formen grenzüberschreitender polizeilicher Kooperation aus.

Ein hohes Sicherheitsniveau auf allen damit angesprochenen Gebieten kann nach den Worten von Sylvia Bretschneider die Attraktivität der Ostseeregion weiter erhöhen und komme dabei natürlich auch der Entwicklung der anderen Wirtschaftszweige und nicht zuletzt den Einwohnern des Ostseeraums selbst zugute.

An der Konferenz am 16. Oktober nahmen Sicherheitsexperten aus Deutschland, Polen, Skandinavien und dem Baltikum teil, darunter Innenminister Lorenz Caffier, der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus Ernst Hinsken, der Wojewode und der Marschall der Woiwodschaft Pommern sowie als maßgeblicher Initiator der Danziger Gespräche der bisherige Leiter des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Ingmar Weitemeier.

# Am Ball bleiben

## Europa- und Rechtsausschuss in Brüssel

■ **Aus parlamentarischer Sicht zeigt sich 2009 immer mehr als ein bedeutungsvolles Jahr der Europapolitik. Die Europawahl, die Stärkung des EU-Parlaments durch den Vertrag von Lissabon, die Stärkung der Stellung der deutschen Parlamente im Gefolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 zu den Lissabon-Begleitgesetzen: Insgesamt werden die Rolle und die Rechte der Parlamente in dem Prozess der europäischen Integration immer bedeutsamer.**

Vor diesem Hintergrund hat der Europa- und Rechtsausschuss während seines zweitägigen Arbeitsbesuches vom 12. bis 13. Oktober in Brüssel die Gelegenheit genutzt, bestehende Kontakte in Brüssel zu vertiefen und neue zu knüpfen. In Gesprächen mit den neu gewählten Europaparlamentariern wurden Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit erörtert. Einer davon – Werner Kuhn – war noch bis vor kurzem Mitglied im Europa- und Rechtsausschuss des Landtages. Außerdem informierte sich der Ausschuss über die Arbeit des Netzwerkes des Ausschusses der Regionen für Subsidiaritätskontrolle, dem mittlerweile schon 96 Partner angehören. Einmal mehr stand auch ein Erfahrungsaustausch im Büro des Deutschen Bundestages in Brüssel auf der Agenda. Gesprächsthemen waren u.a. die vom Bundesverfassungsgericht geforderten und in der neuen Begleitgesetzgebung aufgenommenen zusätzlichen Informations- und Mitwirkungsrechte der Parlamente – auch vor dem Hintergrund der Entschließung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 20. August 2009 – sowie das im Vertrag von Lissabon geregelte Subsidiaritätsfrühwarnsystem. Im Informationsbüro informierte sich der Ausschuss über die aktuellen europapolitischen Themen. Dabei konnte auch die Bilanz eines – aus Sicht des Landes – erfolgreichen Jahres in Brüssel gezogen werden. Vor allem der Empfang anlässlich des „Tages der Deutschen Einheit“ am 30. September im „Palast der schönen Künste“ konnte genutzt werden, um Werbung für das Land zu machen: mit ei-

nem Konzert der Neubrandenburger Philharmonie, das mit etwa 1.700 Gästen die höchste Publikumsresonanz der vergangenen zwölf Jahre erreichte, und mit der Eröffnungsansprache durch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (Landtags-Nachrichten berichteten). Schließlich wurde über die EU-Strategie für den Ostseeraum berichtet – hier wurde Mecklenburg-Vorpommern die Verantwortung für die Projektkoordination im Aktionsfeld Tourismus übertragen.

Vorsitzender Detlef Müller äußert sich im Anschluss nachdenklich: „Die Gespräche waren außerordentlich ertragreich, und wir werden diese Reise sorgfältig auswerten. Denn der Ausschuss und letztlich der gesamte Landtag wird sich nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages und nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auf neue Herausforderungen einzustellen haben. Die Bedeutung auch der regionalen Parlamente in Europa ist gewachsen – nun sind wir am Zuge, uns unserer Verantwortung zu stellen und aktiv an der Behandlung von EU-Vorhaben und insbesondere der Subsidiaritätskontrolle mitzuwirken.“

## Untersuchungshaft

### Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss

■ **In einer Anhörung am 4. November hat sich der Europa- und Rechtsausschuss mit dem Entwurf der Landesregierung zu einem Untersuchungshaftvollzugsgesetz auseinandergesetzt. Dabei hatten Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit, dem Gesetzgeber ihre Einschätzungen zu erläutern.**

In der Vergangenheit hat es auf Bundesebene bereits mehrere – erfolglose – Anläufe gegeben, ein Untersuchungshaftvollzugsgesetz auf den Weg zu bringen. Seit 2006 sind die Länder für den Untersuchungshaftvollzug zuständig – ein Ergebnis der ersten Stufe der Föderalismusreform. Mecklenburg-Vorpommern hat gemeinsam mit elf weiteren Bundesländern einen Musterentwurf zu einem Untersuchungshaftvollzugsgesetz erarbeitet,

### Darlehen für Hegemann-Werften

Die Schlüsselindustrie für M-V kommt nicht zur Ruhe. Nach den Wadan-Werften sind es nun die Hegemann-Werften in Wolgast und Stralsund. In seiner Sitzung am 15. Oktober machte der Finanzausschuss mit seiner Zustimmung den Weg frei für ein „Darlehen an private Unternehmen zur Überwindung von Liquiditätsengpässen“ – so die technische Bezeichnung des Haushaltsansatzes, aus dem das Land Finanzmittel bereitstellt. Mit einem Darlehen in Höhe von 28 Millionen Euro – 12 Millionen aus dem Landeshaushalt und 16 Millionen über das Landesförderinstitut – springt das Land den Werften bei. Ziel ist es, die weitere Abarbeitung von Aufträgen und die Restrukturierung der Unternehmen zu ermöglichen. Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Birgit Schwebs, betonte im Anschluss an die Sitzung: „Zur Bereitstellung der Mittel haben wir im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werften und der Zulieferer keine Alternative gesehen. Wir gehen davon aus, dass das Darlehen noch im laufenden Jahr zurückgezahlt werden kann.“

auf dem der Gesetzentwurf der Landesregierung beruht. Dieser hat im September 2009 in der ersten Lesung den Landtag passiert und wurde zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

„Uns war wichtig, in die Beratungen den Sachverstand von Wissenschaft und Praxis einfließen zu lassen“, erklärte der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller. Dazu habe die Anhörung die Grundlage geschaffen. Mit Professor Dr. Frieder Dünkel von der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald hat ein europaweit führender Kriminologe Stellung bezogen. Auch der Vorsitzende des Landesverbandes der Strafvollzugsbediensteten, der Vorsitzende des Richterbundes M-V, der Präsident der Rechtsanwaltskammer M-V und die Leiterin der Justizvollzugsanstalt Stralsund haben die Chance genutzt und ihren Sachverstand eingebracht. „Es ist nun Sache des Ausschusses, die Anregungen sehr sorgfältig auszuwerten. Dies ist vor dem Hintergrund der vorgegebenen Zeitschiene eine sehr anspruchsvolle Aufgabe“, so Detlef Müller. Das Gesetz sollte aus verfassungsrechtlichen Gründen möglichst bis Ende des Jahres verabschiedet sein.



Die Gymnasiasten aus Neukloster und die Vertreter des Bildungsausschusses waren zufrieden: die Diskussionen über Bildung in M-V haben Spaß gemacht und beiden Seiten neue Erkenntnisse gebracht.

## Auf Augenhöhe

### Bildungsausschuss und Schüler aus Neukloster im Gespräch

■ „Das müsste man öfter machen und auch anderen Klassen ermöglichen, weil man wirklich einen Einblick in die Politik bekommt.“ Der Elftklässler Jan-Henning Milde vom Gymnasium Neukloster spricht aus, was alle seine Mitschüler denken, nachdem sie eine Stunde lang mit dem Bildungsausschuss des Landtages über

Turbo-Abi, Schulsystem und Studiengebühren diskutiert hatten.

Was die Jugendlichen besonders begeistert hat – es war keine Frage- und Antwortrunde, sondern eine Diskussion in kleinen Gruppen und auf Augenhöhe. Und die Themen hatten sie selbst gesetzt. So hatte jeder die Chance, sich am Meinungsaustausch zu beteiligen und dabei die Positionen von Abgeordneten verschiedener Fraktionen kennen zu lernen. Wie wichtig dem Bildungsausschuss dieses gemeinsame Projekt am 15. Oktober war, wurde schon an zwei „Äußerlichkeiten“ deutlich: Der Ausschuss hatte extra

den Plenarsaal für das Café MV „geräumt“ und unterbrach seine reguläre Beratung für die Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern.

„Ich habe mich über das Engagement der Jugendlichen sehr gefreut und das Projekt mit meinen Ausschusskollegen gern unterstützt“, sagte Vorsitzende Ilka Lochner-Borst. „Wir haben den Jugendlichen gezeigt, dass wir es ehrlich meinen mit dem Anspruch, sie ernst zu nehmen und bei der Verwirklichung ihrer Beteiligungs-ideen zu unterstützen.“

## Von der Idee zum Café MV



### Annemarie Krippner,

Teilnehmerin von „Jugend im Landtag“ und Chefororganisatorin des Projekts, sieht es so:

Inspiziert vom MV-Café bei „Jugend im Landtag“ im März 2009 wollten wir dieses eindrucksvolle Erlebnis auch für unsere Klassenkameraden ermöglichen. Unsere Idee war, das Interesse der Schüler an Politik zu fördern, ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich mit Politikern in Kontakt zu setzen und mit ihnen über für sie wichtige Themen zu reden.

Sieben Monate später, am 15. Oktober,

war es dann soweit. Nach der Ankunft im Schweriner Schloss wurden wir mit Besucherausweisen ausgestattet und bekamen zunächst eine informative Einführung, die uns die Arbeitsweise des Landtages näher brachte. Sogar Vizepräsident Andreas Bluhm hielt uns eine kurze Begrüßungsrede. Außerdem besprachen wir noch einmal die Themen und den Ablauf für das MV-Café. Nach einer kleinen Besichtigungstour durch das Schloss eröffnete um 11 Uhr dann endlich das heiß ersehnte MV-Café. Es fand im Plenarsaal statt, der übrigens extra für uns während einer Ausschusssitzung geräumt wurde, und war definitiv das Highlight des Tages. In drei Runden konnten wir uns mit acht Abgeordneten aller Fraktionen über fünf bil-

dungspolitische Themen unterhalten. Das war für alle richtig interessant! Viele Ideen, Erfahrungen und Meinungen wurden beiderseits ausgetauscht und mitgenommen. Genau so hatte ich es mir vorgestellt! Ich fand es cool zu erleben, wie alle begeistert waren. Und ich habe auch noch wieder etwas gelernt, das hätte ich jetzt nicht so gedacht.

Für unser leibliches Wohl war auch gesorgt. Um den Energiehaushalt nach den anregenden Diskussionen wieder aufzufüllen, gab es im Schloss-Café ein leckeres Mittagessen. Alles in allem ein rundum gelungener Tag. Die Umsetzung von der Idee zum MV-Café ist uns gelungen. Ebenso wie das gemeinsame Ziel, Politik greifbarer zu machen und Schülern näher zu bringen.

# Made in Poland, designed in Germany

**EUSTORY-Preis für Mitarbeiterin des Landtages**

■ **Aleksandra Szczepanski hat mehrfachen Grund zum Feiern – nicht nur „20 Jahre Deutschland“, wie sie sagt, sondern auch einen Europäischen Preis für ihren Beitrag zum Wettbewerb EUSTORY „1989 – Bilder des Umbruchs“. Unter dem Titel „4. Dezember 1989 – Lebewohl Vaterland – Aufbruch in die Fremde“ blickt die gebürtige Polin auf die Zeit seit dem Neuanfang in Deutschland zurück.**



Foto: Marek Szczepanski

*Aleksandra Szczepanski, hier bei der Preisverleihung im italienischen Triest mit Dr. Erhard Busek, wurde in Gdynia geboren und kam 1989 als Achtjährige mit ihren Eltern nach Deutschland. Sie studierte Germanistik und Politikwissenschaften und arbeitet seit 2007 im Landtag Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Bereich der deutsch-polnischen Zusammenarbeit.*

Die Erinnerungen von der Ausreise aus ihrer Heimat im Winter 1989 seien so omnipräsent gewesen, sie musste sich das einfach von ihrer Seele schreiben. Da kam der Wettbewerb des EUSTORY-Geschichtsnetzwerkes für junge Europäer, bei dem die Jahrgänge 1980 bis 1991 in einem Online-Wettbewerb dazu aufgerufen waren, ihre Erlebnisse der Wendezeit in Schrift- oder Filmform zu schildern und mit Dokumenten zu belegen, gerade richtig. Mit dem Gewinn hatte die 28-Jährige gar nicht gerechnet, denn fast 100 Beiträge aus ganz Europa lagen der prominenten Jury vor.

Aleksandra Szczepanski war bei der Flucht aus Polen acht Jahre alt. In ihrer Schilderung schreibt sie: „Das Jahr 1989 und der Mauerfall waren einschneidende Ereignisse für unsere Familie. Mit einem Urlaubsvisum, das nur für zwei Wochen gültig war, sind wir im Dezember 1989

über die DDR in die BRD gereist – ohne ein einziges Wort deutsch sprechen zu können. Es folgte eine Odyssee vom Flüchtlingslager in Friedland zu diversen Wohnheimen, Militärbaracken, sogar auf einem Schiff wurden wir untergebracht. Die Stadt Hamburg, der wir zugewiesen waren, war überfüllt – es hieß, wir müssten zurück nach Polen. Verzweiflung, Enttäuschung und Ratlosigkeit machten sich breit. Wie sollte man zurück, nachdem man alles verkauft und aufgegeben hatte – mal abgesehen von den staatspolitischen Folgen für unsere Familie.“

Auf die Frage, als was sie sich fühle, antwortet die junge Frau lächelnd: „Ganz klar, ich bin Europäerin – made in Poland, designed in Germany.“ In ihrer Geschichte heißt es dazu: „Ich musste mich nie direkt entscheiden. Ich habe zwei Staatsangehörigkeiten, fühle mich beiden Ländern verbunden, verpflichtet, mit ihnen verwachsen. Sie haben mich beide geprägt, beide haben das aus mir gemacht, was ich heute bin. Aber was bin ich? Bin ich ein Mischling? So fühlt man sich weder in der BRD, noch in Polen als ‚vollwertiger‘ Bürger. Eher ein wortwörtlich ‚Vertriebener‘, ‚Heimatloser‘, ‚Fremder‘. Ewig auf der Suche nach der eigenen Identität.“ Diese scheint die selbstbewusste Frau inzwischen gefunden zu haben.

Der Text, den sie beim Wettbewerb eingereicht hat, ist eine Momentaufnahme, die Dramatik der Situation angedeutet, und dennoch ist er sehr lebendig und bewegend, er macht neugierig und betroffen zugleich.

„Es ging tatsächlich um alles oder nichts. Wenn ich jetzt auf die 20 Jahre zurückblicke, so muss ich meinen Eltern wirklich Respekt zollen und danken, dass sie für uns Kinder ihre Freunde, die Familie, ihr Leben zurückließen und einen Neuanfang

wagten. Auch wenn man es nicht sofort wahrnimmt, so prägt einen ein solcher Umbruch extrem. Es war tatsächlich das Jahr des Neubeginns, des Aufbruchs. Klingt etwas zu rosig, eigentlich war es ein Kampf, sich hier zurechtzufinden und mit Fremdenfeindlichkeit sowie Vorurteilen leben zu lernen.“ Die stolze Preisträgerin meint: „Trotz der ganzen Um- und Widerstände, mit denen wir zu kämpfen hatten, bin ich heute da wo ich bin. Eine Polin, eine Aussiedlerin, eine Deutsche. Ich habe für mich das Beste daraus gemacht, hier in Deutschland das Abitur, auch das Germanistik- und Politikstudium und bin nun im Landtag Mecklenburg-Vorpommern tätig. Man kann es schaffen, auch wenn man von ganz unten kommt und nichts hat, man muss einfach nur wollen. Ich denke, in mir zeigt sich die Idee, die hinter dem Mauerfall stand: die Vereinbarkeit von Differenzen zu einer Einheit – zu Europa.“

## EUSTORY

Im EUSTORY-Netzwerk haben sich zivilgesellschaftliche Institutionen aus 22 europäischen Ländern zusammengeschlossen, um Jugendliche zur eigenständigen historischen Projektarbeit anzuregen. Der Verein führt unter anderem internationale Jugendakademien zu Themen der europäischen Geschichte und aktuell den europaweiten Wettbewerb „1989 – Bilder des Umbruchs“ zur Zeitenwende 1989 durch. Über die gemeinsame Auseinandersetzung mit europäischer Geschichte und den nationalen Erinnerungskulturen will EUSTORY eine Brücke zum gegenseitigen Verständnis nationaler Identität schlagen und auf diese Weise die europäische Idee befördern.

[www.1989history.eu](http://www.1989history.eu)

Den vollständigen Wettbewerbsbeitrag von Aleksandra Szczepanski finden Sie auf der Internetseite des Landtages  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Foto: Claudia Richter

## Glanz aus Papiermaché

**Materialimitationen waren einst ein Zeichen für Reichtum**

■ Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Den Spruch können Besucher im Schweriner Schloss durchaus wörtlich nehmen. Diplomhistorikerin May Hempel von der Ernst-Alban-Akademie zeigt auf die goldfarbenen Engel an der Decke im ehemaligen großherzoglichen Teezimmer, das heute zum Schlossmuseum gehört. Die Figuren zieren die Mittelrosette. Sie sind, wie die Historikerin erklärt, nur ein bis zwei Millimeter stark und sehr leicht. Und eben nicht aus Gold, sondern aus bemaltem Papiermaché – gewissermaßen ein Brei aus Papier, Wasser und anderen Zutaten. Die Engel befinden sich in guter Gesellschaft. Die Decke ist zwar aus einheitlichen Nadelhölzern gearbeitet, die Balken und die Täfelung aber wurden reichlich mit Elementen aus Papiermaché geschmückt. Materialimitationen findet der Betrachter zum Beispiel auch im Winterzimmer, im Wohnzimmer der Großherzogin oder an den Skulpturen vor der Orangerie.

„Reich verzierte Decken, Wände und Böden sprachen für Reichtum und Wohlstand“, erklärt die Historikerin, die oft Gäste durch das Schloss führt. Die Handwerker seien wahre Künstler gewesen, die formten, vergoldeten, verzierten, imitier-

ten und kopierten, was das Zeug hielt. „Schmucklosigkeit galt als Zeichen der Armut, der Leere. Aus welchem Material die Verzierungen waren, spielte keine Hauptrolle“, sagt May Hempel. Die Geschichtsforscherin räumt dabei gleich mit einem gängigen Vorurteil auf: „Papiermaché galt im 19. Jahrhundert als hochwertiger Baustoff. Es konnte mit Bronze und Marmor mithalten. Das Billig-Image bekam es erst viel später.“ Es habe also nichts mit einer vermuteten Geldarmut des Großherzogs zu tun, dass die Papiermasse großzügig bei der Neugestaltung des Schlosses vor rund 150 Jahren eingesetzt wurde. Im Gegenteil – deren Herstellung und Verwendung sei aufwändig und durchaus kostspielig gewesen. Eigens für den Schlossum- und -neubau sei eine Kartonwerkstatt in Schwerin eingerichtet worden. Der Autobiografie von Schlossbaumeister Georg Adolph Demmler zufolge hat sie wohl auf dem großen Platz gegenüber dem Museum im so genannten Hennemannschen Gartenhaus gestanden.

„Es gab damals eine große Technikgläubigkeit. Schließlich war es die Zeit der großen Erfindungen vom elektrischen Strom über das Gaslicht bis zur Dampfmaschine. Die Menschen glaubten, sie könnten die Natur übertrumpfen“, nennt May Hempel ein Motiv für die großherzogliche Vorliebe für bewusste Sinnestäuschungen. Materialimitation sei eben modern und eine umweltgerechte Herstellung noch kein Thema gewesen. In Schwerin seien für die Papiermaché-Produktion meist Papierabfälle und überflüssiges Aktenmaterial zu

Papierstreifen oder Schnipsel verarbeitet, lagenweise übereinander geklebt und geformt worden.

Die Imitationen hatten durchaus ihre Vorteile. „Sie waren beispielsweise sehr witterungsbeständig und leicht zu transportieren“, zählt May Hempel auf. So wurde unter anderem Holz, Stuck, Marmor und Sandstein täuschend echt nachgeahmt. Für Spezialarbeiten wurden Fachleute aus Florenz nach Schwerin beordert, etwa für das „stucco lustro“, eine Marmorimitation aus Gips und Wasser, die beispielsweise wie bei der Fresken-Malerei frisch auf den Putz aufgetragen werden konnte. Das ist May Hempel zufolge zum Beispiel in der Silvestergalerie des Schlosses zu sehen, aber auch in der berühmten Semperoper in Dresden.

Im 18. Jahrhundert stand, wie Historiker herausfanden, in Ludwigslust die einzige Cartonfabrik weit und breit. Doch schon nach der Jahrhundertwende stagnierte die Produktion. Und noch bevor der Großherzog seinen Sitz nach Schwerin verlegte, stellte sie ihren Betrieb ganz ein. Zunehmend waren andere kleine Seeligkeitsdinge gefragt, die ebenfalls aus künstlichen Stoffen hergestellt wurden. Sammeltassen aus Porzellan etwa oder verziertes Glas. Biedermeier war angesagt. Dem bald das gleiche Schicksal beschieden war, wie der Papiermaché-Produktion und den anderen Materialimitationen – ja, wie letztlich allen Modeerscheinungen: Eine Zeit lang will sie jeder haben. Danach gebührt ihnen bestenfalls ein Platz in den Geschichtsbüchern.

„Aufstehen und Einmischen“ – unter diesem Motto fand am 30. Oktober im Schweriner Schloss das 12. Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommerns statt. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Schirmherrin der Veranstaltung, dankte in ihrem Grußwort den Organisatoren für ihren Einsatz für die erwerbslosen und die von Armut betroffenen Menschen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt und auf die soziale Lebenssituation. In der verabschiedeten Erklärung zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ fordern die Delegierten unter anderem die Teilhabe an der Erwerbsarbeit, die gesellschaftliche Integration Langzeitarbeitsloser und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.



Foto: Claudia Richter

## (Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Claudia Richter



Foto: Cornelius Kettler

Für den 15-jährigen Nick Gerling (r.) aus Meiersberg hat sich die Teilnahme an der Demokratie-Rallye beim Jugendfestival „Voices“ auf der Insel Usedom am 11. September gleich doppelt gelohnt: zum einen hat er seine Fitness und sein politisches Wissen unter Beweis gestellt, und als Zweitplatziertes konnte er sich über eine Einladung in die Landeshauptstadt, ins Schweriner Schloss, freuen. Diesen Preis hatte der Landtag zur Unterstützung des Jugendprojekts gestiftet. Am 30. Oktober hat Nick mit seiner Familie den Landtag besucht. Das Erinnerungsfoto entstand auf der Orangerietreppe im Burggarten.

Die 1. Schweriner Jazz-Nacht, die am 28. August im vollbesetzten Festsaal des Schweriner Schlosses erfolgreich Premiere hatte, erbrachte einen Erlös von 1600 Euro. Die Organisatorin des Benefizkonzertes, Marianne Wöhrle, übergab die Spendensumme am 3. November an die Sprecherin der Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Sylvia Bretschneider dankte der Organisatorin und den Unterstützern des Benefizkonzertes – der Bundesgartenschau Schwerin 2009 GmbH, der Stadtwerke Schwerin GmbH, der MVweb GmbH & Co. KG, dem PIANO-HAUS KUNZE sowie dem Blumenhaus am Pfaffenteich – im Namen der Initiative.



Foto: Cornelius Kettler

„Vor meiner Haustür einen WM-Gürtel zu verteidigen war immer mein Traum“, sagte Box-Profi Jürgen Brähler am 28. Oktober beim Fotoshooting vor dem Schweriner Schloss. Sebastian Zbik und Jürgen Brähler, Schützlinge von Fritz Sdunek und Michael Timm, steigen am 19. Dezember in der Schweriner Sport- und Kongresshalle in den Ring, um ihre Gürtel als Interims-Weltmeister zu verteidigen. Sdunek und Timm hatten ihre sportliche Heimat beim damaligen SC Traktor Schwerin, der einst erfolgreichsten Vereinsstaffel der Welt.

# „20 Jahre Mauerfall“

Gemeinsamer Festakt  
der Landesparlamente  
von Mecklenburg-Vorpommern  
und Schleswig-Holstein

Montag, 9. November 2009  
im Schweriner Schloss

Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt  
vom „TRIO ARTPASSION“ aus Schwerin  
zusammen  
mit Gastmusikern aus Schleswig-Holstein.



**Sylvia Bretschneider,  
Präsidentin des Landtages Mecklenburg-  
Vorpommern**

■ Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Geerds, sehr geehrte Damen und Herren Vizepräsidenten, Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, des Landtages Schleswig-Holstein und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, sehr geehrter Herr Landtagspräsident a. D. Kuessner, sehr geehrter Herr Ministerpräsident a. D. Dr. Ringstorff, sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister, sehr geehrte Frau Landesverfassungsgerichtspräsidentin Kohl, sehr geehrter Herr Landesverfassungsgerichtspräsident Dr. Flor, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin von Schwerin Gramkow, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zum gemeinsamen Festakt der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Allein schon die Tatsache, dass dieser gemeinsame Festakt heute, hier, mit Ihnen allen stattfindet, zeigt, in welcher spannenden und geschichtsträchtigen Zeit wir leben, welche großen gesellschaftlichen Umwälzungen wir in den vergangenen beiden Jahrzehnten mitgestalten durften und in den kommenden Jahren weiter mitgestalten dürfen.

In diesen Tagen und Wochen begehen wir mit vielfältigen Veranstaltungen den 20. Jahrestag des Mauerfalls und erinnern uns in unterschiedlicher Art und Weise an jene Zeit

im Herbst 1989, die unser Leben grundlegend beeinflussen und verändern sollte.

*„Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann;  
fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt.“*

Dieser so oft gehörte Satz von John F. Kennedy stand – vielleicht unsichtbar – über jenen Tagen im Herbst 1989 und sollte auch heute immer wieder Motor unseres Handelns sein.

Die Ursachen des Mauerfalls sind vielschichtig.

Tatsache ist, das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR konnte den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ansprüchen ihrer Bürger nicht mehr gerecht werden. Hinzu kam, dass die sowjetische Reformpolitik von Glasnost und Perestroika eine Möglichkeit zeigte, den Staat zu reformieren und demokratisch umzugestalten. In dieser Situation begannen im September 1989 in Leipzig die Montags-Demonstrationen. Gerade die als unangemessen aufwändig empfundenen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR schürten unseren Unwillen – wollten die Menschen die DDR doch demokratisch reformieren und nicht verherrlichen. Die Menschen, die damals zu Zigtausenden auf die Straßen gingen, fragten nicht mehr, was das Land für sie tun könne, sondern begannen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und sich zu fragen, was sie tun könnten, um ihr Land so umzugestalten, dass es wieder lebens- und liebenswert wird.

Einige von Ihnen waren dabei – im November 1989 – im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern und wissen, wie spannend und brisant diese Zeit war. Ich will das einmal in Erinnerung rufen und zitiere aus einem Lagebericht der Volkspolizei Neubrandenburg:

*Neubrandenburg, Johanneskirche. Friedensgebet (3.500 Teilnehmer) mit anschließendem Marsch durch die Innenstadt mit ca. 20.000 Teilnehmern. Im Marschblock wurden insgesamt 25 Transparente mit Inhalten wie*

*„Demokratie statt Diktatur“  
„SED Schuld an der erneuten Massenflucht“  
„Neue Männer braucht das Land“  
Es weht ein frischer Wind, Chemnitzer verschwind“*

sowie weiteren aggressiven Inhalten mitgeführt.

*Neustrelitz, evangelische Kirche. Friedensgottesdienst mit insgesamt 2000 Teilnehmern.*

*Demmin, Kirche am Markt. Versammlung von 3.000 Personen. An Transparenten wurden mitgeführt: „Forderung nach freien Wahlen“, „Zulassung Neues Forum“, „Altersheim muss sein“.*

Ich habe diese Beispiele aus dem ehemaligen Bezirk Neubrandenburg herausgegriffen. Hier in Schwerin auf dem Alten Garten versammelten sich ebenso mehr als 10.000 Menschen zu Demonstrationen und gingen zum Arsenal oder zum Demmlerplatz, wo die Stasi saß. In Rostock oder Wismar sah es nicht anders aus. Zur Situation in Greifswald wird uns sicherlich Hinrich Kuessner später etwas sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sicher war uns damals nicht in vollem Umfang bewusst, wie unsere friedliche Revolution die Welt verändern würde, und zwar sowohl im Großen als auch im Kleinen, im Privaten, aber wir haben sehr wohl gespürt, dass etwas sehr Bedeutungsvolles vor sich ging. Aus heutiger Sicht betrachtet, war der Herbst 1989 der Moment, in dem zahlreiche DDR-Bürger ihr Leben in die Hand nahmen und damit letztlich eine ganze Gesellschaft veränderten, etwas für ihr Land taten. Und damit stand der Herbst 1989 im Zeichen der demokratischen Bürgertugenden, für Zivilcourage und für Einsatzbereitschaft, für Aufrichtigkeit und für Toleranz.

Im Ergebnis der friedlichen Revolution 1989 wurde die deutsche Einheit wieder hergestellt. Seit 1990 leben wir in einem geeinten Deutschland, in einem demokratischen, sozialen Rechtsstaat. Aber das demokratische System war zunächst eine leere Hülle, die von den Menschen erst mit Leben erfüllt werden musste. Dieses Ausfüllen der Demokratie stellt nach wie vor eine zentrale Aufgabe in den neuen Ländern dar, denn in Bezug auf die gelebte Demokratie in 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland hatten und haben wir auch noch in den neuen Ländern sicherlich einiges zu lernen.

Es gilt zu vermitteln, dass Demokratie mehr ist als eine bloße Staatsform, in der durch freie, gleiche und geheime Wahlen ein Parlament gebildet wird, das seinerseits die Regierung bestimmt und kontrolliert und den politischen Prozess steuert. Demokratie ist auch eine Gesellschaftsform, in der Vereine, Verbände, Organisationen und Initiativen – ihrerseits demokratisch geordnet – die demokratische Gesellschaft mit entwickeln und bestimmen. Und Demokratie ist eine persönliche Lebensform, die das Individuum selbst ausmacht und in jedem Lebensbereich zu finden ist, bis hin zur Familie oder Partnerschaft. Diesen Trias der Demokratie, der im ganz persönlichen Bereich beginnt, müssen wir vermitteln. Wer erkennt, dass der Kompromiss als wesentliche Entscheidungsform der Demokratie in seiner Familie unabdingbar ist, um ein harmonisches, von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander zu gewährleisten, der begreift auch, dass es bei Entscheidungen zwischen widerstreitenden Interessen in der Politik von zentraler Bedeutung ist, einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

Dass politische Entscheidungen in unserem Land von diesem Bemühen geprägt waren und geprägt sind, war und ist nicht immer leicht und manchmal nur schwer zu vermitteln. Dies mussten wir schon bei der Diskussion um die Ausgestaltung unserer Landesverfassung hautnah erfahren, als wir dazu einen breiten Dialogprozess in der Bevölkerung angestoßen und durchgeführt hatten. Wünschenswertes aufzuschreiben wäre mit Sicherheit wesentlich leichter gewesen, als rechtlich Realistisches zu formulieren. Dieses Grundsatzproblem begleitet uns bis in die aktuelle Gesetzgebung hinein.

Unsere Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren war insbesondere in der ersten Dekade auch davon geprägt, dass wir trotz aller Euphorie auch die Skeptiker in die Demokratie mitnehmen mussten und in großen Teilen der Bevölkerung auch gesellschaftliche Brüche zu überwinden hatten. Die damit verbundenen Grundsatzfragen haben immer wieder die Debatten in unserem Landtag geprägt. Vor diesem Hintergrund haben wir in der Mitte der 90er Jahre eine Enquetekommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ eingesetzt. So schmerzhaft für alle Beteiligten die damit verbundenen Diskussionsprozesse auch waren, so waren sie doch auch ein Beitrag des Parlamentes, Unversöhnliches überwinden zu helfen und zusammen zu halten, was zusammengehört.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit fast 20 Jahren leben wir schon gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem geeinten demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Aber konnten wir auch unsere Erfahrungen aus dem Leben in der DDR einbringen?

Jetzt, nach fast 20 Jahren, kann man diese Frage mit einem vorsichtigen „Ja“ beantworten. Aber es hat einige Zeit gedauert. In der Anfangsphase nach der Wiedervereinigung wurde geradezu euphorisch fast alles aus der alten Bundesrepublik übernommen, und zwar größtenteils unkritisch übernommen, ohne hinreichend zu reflektieren, ob bestimmte Regelungen und Verfahren überhaupt zu uns passen. Alles, was es in der DDR gab, war eben mit dem Makel des autoritären, undemokratischen politischen Systems behaftet. Und das musste weg. Es dauerte einige Zeit, bis man in der Lage war, zwischen dem System und einzelnen Regelungen zu unterscheiden, und genügend Selbstbewusstsein hatte, in der DDR bereits vorhandene Regeln wieder einzuführen. Ich denke da etwa an das längere gemeinsame Lernen, das Abitur nach 12 Jahren oder die flächendeckende Kinderbetreuung in den Kitas. Sogar „Konsum-Marken“ gibt es wieder, wenn auch in marktwirtschaftlich orientierter Form. Dies alles sind Dinge, die es bei uns bereits gab, zu deren Wiedereinführung es aber eines gewissen zeitlichen Abstands bedurfte. Und viele dieser Regelungen haben ja auch in die alten Länder ausgestrahlt.

In den 20 Jahren, die seit dem Mauerfall vergangen sind, mussten wir – manchmal auf schmerzliche Art und Weise – erfahren: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Da sind zum einen Geschäfte, in denen alles, was man für Geld kaufen kann, in den Regalen liegt. Zum anderen gibt es Menschen, die arbeitslos sind, keine Wohnung haben, der Unterstützung des Staates bedürfen. Manch einer fühlt sich mit seiner ostdeutschen Biographie unverstanden, nicht genug gewürdigt. Hier stehen aus meiner Sicht alle, die in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft oder Wissenschaft Verantwortung tragen, vor großen Herausforderungen. Bei unseren Entscheidungen muss immer der Mensch im Mittelpunkt stehen, wir müssen mit den Menschen im Gespräch bleiben.

Vor ziemlich genau einem Jahr wurde eine Umfrage veröffentlicht, die Einstellungen zur Demokratie verdeutlichen sollte. Recht reißerisch wurde zunächst dargelegt, dass nur noch 39 Prozent der Befragten sich als rundum zufriedene Demokraten sehen, im Osten lag der Prozentsatz sogar bei nur 28 Prozent. Das klingt besorgniserregend. Bei genauerer Betrachtung kommt die Studie aber zu dem Ergebnis, dass nur drei Prozent im Westen und sechs Prozent im Osten die Demokratie grundsätzlich ablehnen. 94 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern stehen also grundsätzlich zur Demokratie. Aber sie stehen nicht zu jeder Ausprägung unserer demokratischen Ordnung, und vor allem stehen sie nicht zu jeder politischen Entscheidung, die in unserer Demokratie getroffen wird. Das ist auch nicht zu erwarten, muss aber von der grundsätzlichen Einstellung zur Demokratie getrennt werden. Richtig ist: Wir spüren eine gewisse Politikverdrossenheit, wir spüren noch mehr eine Politikerverdrossenheit – und gleichzeitig sind die Menschen politikinteressiert. Das passt eigentlich nicht zusammen.

Ich frage mich: Reden wir nicht selbst manchmal unsere Erfolge klein? Ich denke, wir sollten uns und unseren Mitmenschen viel häufiger bewusst machen, was wir in den vergangenen 20 Jahren erreicht haben, wie viel schöner unsere Städte und Dörfer geworden sind, wie viel freier wir über unseren Lebensweg entscheiden können und was für eine große Errungenschaft zum Beispiel die Unabhängigkeit der Justiz ist.

Ich glaube, daran mangelt es noch, und da gibt es viel zu tun. Viel zu häufig stellen wir Probleme in den Vordergrund, ziehen Entscheidungen, kaum, dass sie getroffen sind, wieder in Zweifel, stellen die negativen Folgen einer Entscheidung in den Mittelpunkt der Diskussionen – wie beim kürzlich beschlossenen Finanzausgleichsgesetz –, ohne zu benennen, dass es zum einen Notwendigkeiten für die Entscheidung gab und zum anderen selbstverständlich auch Gewinner. Das nimmt den Menschen den Mut, den Optimismus und befördert Politikverdrossenheit. Und erinnern wir uns: „Fragt, was ihr für Euer Land tun könnt“ und überwindet die Teilnahmslosigkeit. Dafür braucht man Mut und Optimismus.

Demokratieverdrossenheit hingegen kann ich in dem Maße nicht feststellen. Wenngleich ich nicht verkenne, dass insbesondere Rechtsextremisten versuchen, Politikverdrossenheit hin zur Demokratieverdrossenheit zu schüren. Damit ihnen das nicht gelingt, müssen wir immer wieder für Demokratie eintreten und für sie werben.

Beginnend in den Kitas und Schulen – und natürlich zuerst in der Familie – ist es notwendig, die Vorzüge der Demokratie den Kindern und Jugendlichen nicht nur zu vermitteln, sondern sie zu motivieren, sich zu beteiligen und aktiv einzubringen. Diese Aufgabe steht vor Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung und Erziehung gleichermaßen als ständige Herausforderung und Anspruch.

Aber das Wichtigste scheint mir: Die allermeisten Menschen haben gelernt, mit der errungenen Freiheit verantwortungsbewusst umzugehen und nach dem Grundsatz zu handeln, dass Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden ist.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Demokratie in unserem Land auf festen Füßen steht. Garant hierfür sind nicht nur das Grundgesetz und unsere Landesverfassung, sondern insbesondere auch das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in unserem Land. Häufig bin ich bei Vereinen und Verbänden zu Gast, die unser Gemeinwohl mitgestalten, sich für andere einsetzen, sich positionieren und engagieren. Die Menschen, die überall in unserem Land aktiv sind, überwinden ganz im Sinne dessen, was der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes gesagt hat, ihre Teilnahmslosigkeit und Angst.

Heute wie vor 20 Jahren wird unsere Gesellschaft nur dadurch vorangebracht, dass Menschen nicht teilnahmslos zusehen, sondern den Mut finden, auf Missstände aufmerksam zu machen, sich einzumischen und Veränderungen anzuregen.

Bekanntlich hat Mecklenburg-Vorpommern vor zwei Jahren – und dies möchte ich ganz besonders unterstreichen – auf der Grundlage einer Volksinitiative seine Verfassung geändert. Mit einem neuen Artikel 18a wurden in die Verfassung klare Regelungen aufgenommen, um der Verbreitung von rassistischem und anderem extremistischen Gedankengut Einhalt gebieten zu können. Hierdurch wurde bekräftigt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein weltoffenes Land ist und bleiben will. Ausländerfeindlichem, rassistischem, antisemitischem, intolerantem und gewalttätigem Verhalten wird mit dieser Verfassungsänderung eine deutliche Absage erteilt. Das ist gelebte Demokratie, für die wir 1989 auf die Straße gegangen sind.

Ein weiteres Beispiel für gelebte Demokratie und mutiges Sich-Einmischen – im Gegensatz zu feiger Teilnahmslosigkeit – ist die Bewegung „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, zu deren Mitinitiatoren ich gehöre. Wir arbeiten in dieser Initiative mit Verbänden, Vereinen, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, Kammern, Medien sowie

Bürgerinnen und Bürgern landesweit zusammen. Wir stehen für die demokratische Kultur im Land und gegen Extremismus und Gewalt. Die bisherigen Erfahrungen von „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zeigen, dass die Demokratie in unserem Land eine stabile Grundlage hat. Diese zu erhalten und zu stärken, bleibt eine ständige Herausforderung und Aufgabe für uns alle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viel ist in diesen Tagen und Wochen über die historische Bedeutung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 gesagt und geschrieben worden. Aber mit der Betrachtung der Geschichte ist es bekanntlich wie in vielen anderen Lebensbereichen auch: Je tiefer man ernstlich eindringt, desto schwierigere Probleme tun sich auf. Häufig genug bringt jede gefundene Antwort zwei neue Fragen hervor. Und vielleicht ist einfach noch nicht genug Zeit vergangen, um bestimmte Fragen objektiv – unter Nichtbeachtung des subjektiv Erlebten – beantworten zu können.

Eins allerdings scheint mir als Fazit unabweisbar: Manche von uns haben sicherlich einiges verloren, den Arbeitsplatz, die Heimat vielleicht, weil sie auf der Suche nach Arbeit oder einem Ausbildungsplatz in ein anderes Bundesland oder sogar ins Ausland ziehen mussten, bestimmte Privilegien oder eine scheinbar gesicherte Existenz. Aber wir alle haben Entscheidendes gewonnen:

Wir leben in einer rechtsstaatlichen Demokratie, die uns ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit erst ermöglicht. Dies haben wir 1989 errungen, und wir müssen es uns, unseren Kindern und Enkelkindern bewahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

# „20 Jahre Mauerfall“

Gemeinsamer Festakt  
der Landesparlamente  
von Mecklenburg-Vorpommern  
und Schleswig-Holstein

Montag, 9. November 2009  
im Schweriner Schloss



**Torsten Geerds,  
Präsident des Landtages Schleswig-Holstein**

■ „Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kollegin Bretschneider, sehr geehrte Damen und Herren Minister, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der beiden Landtage, liebe ehemalige Landtagskolleginnen und -kollegen, ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, lieber Herr Ringstorff, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es gibt seltene Momente im Leben, die wir nie vergessen. Unvorhersehbare Ereignisse bringen eine Lawine ins Rollen, Reaktionen überschlagen sich, brandneue Informationen veralten in Minuten. Weltgeschichte wird plötzlich mit Händen greifbar: Und wir alle spüren dies unbewusst. Noch Jahrzehnte später erinnern wir uns genau daran, wo wir uns in diesem Augenblick befanden, was wir gedacht, gesagt oder auch getan haben.

Der Abend des 9. November 1989 war ein solches Ereignis – ein Moment, mit dem eine Epoche endete. Als die Mauer in Berlin aufbrach und die Menschen überglücklich durch die Öffnungen in den Westteil Berlins strömten, startete ich in der Teeküche der Landesaufnahmestelle des Roten Kreuzes für DDR-Übersiedler in Neumünster mit einigen Kolleginnen und Kollegen entgeistert auf die flimmernden Fernsehbilder. „Wahnsinn – die Grenze geht auf, die liegt ja gleich hinter Lübeck. In einer Stunde sind die alle hier. Oh Gott, wo sollen wir die bloß alle unterbringen.“ Das waren meine ersten Worte. Sie sind mir gegenwärtig, als ob es gestern gewesen sei.

Nun, die Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, aus den damaligen DDR-Bezirken Rostock und Schwerin, kamen nicht sofort, sondern einen Tag später. Sie wissen ja: Der Mecklenburger ist ebenso wie der Pommer, der Schleswiger und der Holsteiner ein freundlicher, bedächtiger Menschenschlag: Sie brauchen immer ein wenig mehr Zeit, dann aber kommen sie ganz gewaltig zueinander. Als Rot-Kreuz-Mitarbeiter habe ich das Zueinanderkommen in diesen Wochen vor und nach dem 9. November als positiven Dauerstress erlebt. Ich habe in den Fol-

gewochen tausende Menschen mitbetreut. Die Hilfsbereitschaft und Solidarität zwischen Besuchern und Besuchten in Schleswig-Holstein war enorm.

Ein solches Gemeinschaftsgefühl, von Wärme und herzlicher Freundlichkeit, habe ich vorher und nachher nie wieder erlebt. Ich bin von Haus aus Sozialpolitiker und glaube, dass ich eine Antenne für so eine Stimmung besitze. Persönlich habe ich im November 1989 Freundschaften geschlossen, die heute noch bestehen.

Für viele Familien in Schleswig-Holstein und deren Angehörige in Mecklenburg-Vorpommern aber waren diese Novemberwochen Tage der persönlichen Wiedervereinigung, Tage mit vielen Freudentränen. Ich meine, wir verdrängen und vergessen heute bei allen Folgeentwicklungen, die nach Erreichen unserer Einheit eintraten und beileibe nicht alle gut zu heißen waren, manchmal zu schnell die wunderschönen, menschlichen Aspekte dieses Weges zur Einheit in Freiheit. Es begegneten sich nicht zuerst zwei politische Systeme. Es fielen sich Menschen in die Arme, Menschen mit all ihren Stärken und mit all ihren Schwächen: Männer und Frauen, Brüder und Schwestern, Väter und Mütter, Großeltern und Enkel.

Der Tag des Falls der Mauer und als Auslöser der wiedererlangten Einheit Deutschlands, war und ist für uns alle ein Tag der Dankbarkeit und Freude. Aber die Erinnerung an das Geschehen heute vor 20 Jahren birgt auch ein Moment der Nachdenklichkeit. Denn wie heißt es so schön: Verstehen lässt sich das Leben nur rückwärts. Und vieles von dem, was damals passierte, haben wir – als Deutsche in Ost und West – doch erst im Rückblick verstanden.

Als Schleswig-Holsteiner will ich darum dieses Datum auch ein wenig aus unserer Perspektive beleuchten: Denn mit dem Fall der Mauer und der innerdeutschen Grenzzäune wurde in gewisser Hinsicht auch Schleswig-Holstein befreit – aus seiner Randlage. Vom Priwall an der Ostsee bis zur Elbe bei Lauenburg verband und trennte die Menschen eine Grenze zu Mecklenburg.

Die Menschen in der DDR und im künftigen Land Mecklenburg-Vorpommern hatten im November 1989 ihre Freiheit wieder gewonnen. Das südliche Schleswig-Holstein und speziell Hamburg gewannen auch etwas zurück: Ihr natürliches Umland. Hamburg wurde zu einem der großen Gewinner der Einheit. In Schleswig-Holstein hat insbesondere die althehrwürdige Hansestadt Lübeck von der Wiedervereinigung profitiert.

Im Westen übersehen wir ohnehin gelegentlich, dass der Weg zur Einheit unseres Landes keine Einbahnstraße war und ist. Und wir gehen zu leicht darüber hinweg, dass es die Menschen in Ostdeutschland und in Mecklenburg-Vorpommern selbst waren, die sich auf friedlichem Wege die Freiheit erkämpft haben. Wer sich beherzt für Bürgerrechte und Freiheit gegen Staatsgewalt einsetzt, muss

Zivilcourage besitzen. Es braucht sehr viel Mut, für seine Überzeugungen einzutreten. Die Bürgerrechtler und die Menschen in der DDR haben diesen Mut, dieses Nichteinknicken trotz massiven Gegendrucks eines repressiven Staatsapparates, im Übermaß gezeigt. Zivilcourage bedeutet: „Hinschauen – nicht weggucken. Handeln – nicht wegducken.“ Die Bürgerrechtler und viele Bürgerinnen und Bürger in der DDR haben beides getan. Und dafür kann man ihnen immer wieder nur dankbar sein.

Seien wir ehrlich: In Schleswig-Holstein haben wir zwar die Veränderungen im Grenzgebiet zur DDR genau wahrgenommen, ansonsten aber die politische Entwicklung im Fernsehen mitverfolgt. Nur wenige Schleswig-Holsteiner haben diesen Mut zum Aufbruch und zur gesellschaftlich-politischen Neugestaltung vor und nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs bewusst erlebt. Vielleicht zum ersten Male, als die Schweriner Bürgerrechtlerin und spätere Bildungsministerin Mecklenburg-Vorpommerns Regine Marquardt am 30. Dezember 1989 mit einer Mappe Texten und Manuskripten in der Druckerei des Flensburger Tageblattes erschien. Aus ihren Notizen wurde über Nacht eine Zeitung für Mecklenburg produziert: 80.000 Exemplare umfasste die erste Ausgabe des „Mecklenburger Aufbruch“. Zuverlässige Telefonverbindungen, E-Mail oder moderne PC-Technik gab es damals nicht. All das behinderte, aber verhinderte das Blatt nicht. Es war Lebenshilfe und Ratgeber zugleich.

Persönliche Energieleistungen wie die von Frau Marquardt und ihren Freunden aus der Bürgerrechtsbewegung waren es, die in ihrer Gesamtheit den politischen Umbruch angestoßen und vorangetrieben haben.

Für alle sich aus der friedlichen Revolution entwickelnden politischen und administrativen Herkulesaufgaben, denen sich die deutsche Politik in der Welt, in Europa und in unserem Land selbst stellen musste, gab es keine Blaupausen. Kein Plan B lag in einer Schublade dazu bereit, wie man eine Vereinigung zweier Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen voranbringt oder Bundesländer neu gründet. Die Politik lebte damals vom Handeln aus dem Stegreif. Das galt auch für die Verwaltung.

Auch das Land Schleswig-Holstein hat im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten beim Neuaufbau im Lande Mecklenburg-Vorpommern geholfen. Landtag und Landesregierung haben Personal abgestellt, Schulungen auf vielen Feldern der Verwaltung durchgeführt, Material beschafft und auch die konstituierende Sitzung des ersten Landtages von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Ich will an dieser Stelle nun nicht die zurückliegenden 20 Jahre darstellen. Auch möchte ich keine umfassende Gesamtbilanz der Einheit ziehen. Eingehen möchte ich aber doch ein wenig auf eine Frage, die für unsere weitere Zukunft wichtig ist: Wie steht es um die Einheit heute?

Ich meine, die großen Anstrengungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West haben auf vielen Gebieten zum Erfolg geführt. Bei Wohlstand, Lebensqualität, Infrastruktur oder Bildung sind die Fortschritte heute, verglichen mit 1989, gewaltig. In „geradezu atemberaubender Geschwindigkeit“ haben sich die Anpassungsprozesse zwischen Ost und West vollzogen. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Studien des Ifo-Instituts und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Ich will es deshalb bekräftigen: Ja, es ist – trotz unbestritten vieler Probleme auf dem Arbeitsmarkt, beim wirtschaftlichen Strukturwandel oder in der Entvölkerung der ländlichen Fläche – eine Erfolgsgeschichte geworden.

Aber es ist in der Wahrnehmung mancher Menschen im Osten wie im Westen auch eine „ungeliebte Erfolgsgeschichte“ daraus entstanden, wie die Zeitung „Die Welt“ es vor wenigen Tagen nannte.

Viel mehr entscheidend ist daher nach meiner persönlichen Ansicht, wie sich neben der wirtschaftlichen die innere Einheit entwickelt. Befinden wir uns als Deutsche aus Ost und West bei unserem Miteinander eigentlich auf gleicher Augenhöhe? Wenn man Umfragen glauben darf, dann ist das nicht der Fall. 64 Prozent der Ostdeutschen verneinen dies. Sie empfinden sich in Deutschland als Bürger zweiter Klasse. Dieses Gefühl der Benachteiligung gilt es meines Erachtens auszuräumen. Genau daran müssen wir arbeiten.

Denn einige Begrifflichkeiten tun das Ihrige dazu. Offen gesagt: Mich stört beispielsweise im Begriff „Aufbau Ost“ der darin versteckte Vorhalt, der Osten sei eine Art Entwicklungsland. Die freie Marktwirtschaft hat hier sicher manche Hoffnungen tief enttäuscht. 20 Jahre nach der friedlichen Revolution müssen wir stärker denn je daran erinnern, dass wir die Herausforderungen der Zukunft nur in einer sozialen Marktwirtschaft bewältigen können, die die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht vernachlässigt.

Die Auswirkungen mancher Enttäuschungen sind vielleicht auch in einer gewissen DDR-Nostalgie zu beobachten, der wir im Westen einigermaßen ratlos gegenüberstehen. Obwohl 85 Prozent der Ostdeutschen heilfroh über die Wende sind, fühlen sich dennoch „viele persönlich angegriffen, wenn die DDR kritisiert wird“. Hinzu kommt, die Geschichte wird verklärt und im Rückblick werden der massive Unterdrückungsapparat der Stasi oder die verzweifelte wirtschaftliche Lage der DDR viel milder gezeichnet, als sie es waren. Die kontroversen Diskussionen zum Beispiel um die Arbeit der Birthler-Behörde oder um die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat sind meines Erachtens Symptome dafür.

Auf der anderen Seite steht für mich persönlich auch fest: Die Mauer, die die Ostdeutschen im November 1989 eingerissen haben und deren Öffnung uns anfangs alle eu-

phorisiert hat, ist in den Köpfen vieler nie wirklich geöffnet worden.

Denn im Kern geht es um die schlichte Anerkennung und Würdigung von persönlichen Lebensleistungen und erbrachten Opfern. Beides, Leistungen und Opfer, haben die Ostdeutschen in erheblichem Umfang für die Einheit erbracht. Es stünde uns Westdeutschen gut zu Gesicht, wenn wir dies bewusster wahrnehmen würden.

Die Umbruchgeschichte der 90er Jahre birgt deshalb auch Hunderttausende gebrochener Lebensläufe, Karriereknicks, persönliche Verletzungen und Niederlagen, viel familiäres Leid und Schmerz.

Natürlich ist das kein Bild einheitlicher Harmonie, das ich hier vor Ihnen zeichne. Doch ich glaube, es hilft, ein besseres gegenseitiges Verständnis zu fördern. Ich bin fest davon überzeugt, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise diesen Prozess sogar voranbringen wird. Das bei uns im Westen lange Zeit verankerte Selbstwertgefühl des widerstrebenden Gebers und Gönners ist durch die wirtschaftliche Entwicklung arg ramponiert worden. Die globale Krise betrifft Ost und West. Und die Verschuldung auf Länder- und kommunaler Ebene zwingt viele politisch und administrativ Verantwortliche im Westen, neue Wege zu gehen und unkonventionelle Lösungen zu suchen. Da können wir im Westen vom Osten Deutschlands vieles lernen – und manches auch übernehmen. Ich betone es gern: Die Vereinigung ist hier längst keine Einbahnstraße mehr.

Gefragt sind jetzt Ideen und das Begreifen von Problemen als Herausforderung – als Chance. Hier gibt der Osten unserem Land viel. Diese Flexibilität, die sehr vielen Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen beiden Jahrzehnten permanent abverlangt worden ist, lässt sie offenbar rascher auf die derzeitige Krise reagieren. Bauvorhaben werden unbürokratischer auf den Weg gebracht, Wirtschaftsförderung pragmatischer angepackt, Reformen konsequenter umgesetzt, wie beispielsweise in der Bildungspolitik bei Ihnen in Mecklenburg-Vorpommern.

Was wir als Gesamtdeutsche gewinnen können, wenn wir voneinander lernen, will ich nur am Bereich Bildung deutlich machen: Schon zum dritten Mal in Folge lag der Freistaat Sachsen auch 2009 beim Bildungsvergleich der deutschen Länder auf dem ersten Platz. Der vom Institut der Deutschen Wirtschaft durchgeführte Bildungsmonitor analysiert, wie gut Bildungssysteme zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen. In keinem anderen Bundesland erreichen mehr Schüler aus so genannten bildungsfernen Schichten einen Abschluss. Der Überraschungssieger aber hieß Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Land arbeitete sich vom letzten Platz auf Rang 10 vor, Thüringen wiederum überholte Bayern und Baden-Württemberg und liegt nun auf Platz zwei. Ihre Erfolge beweisen: „Geld macht nicht schlau“, wie die Financial Times titelte. Gute Bildung

hängt nicht allein von der Wirtschaftskraft eines Bundeslandes ab.

Was also muss für eine gute deutsch-deutsche, für eine gute mecklenburgisch-vorpommersche und zugleich schleswig-holsteinische Zukunft getan werden? Zu allererst, das ist meine Erfahrung, müssen wir Reste von ideologischem Ballast abwerfen. Ewiggestrige gibt es auf beiden Seiten. Ihre Denkweisen hindern uns alle.

Und ich glaube, wir müssen uns viel mehr zuhören und dabei Respekt für den jeweils anderen und seine jeweilige Biographie haben. Denn Vertrauen ist die Basis allen Fortschritts. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal gefordert, dass sich die West- und Ostdeutschen in ihren kleinen gemeinsamen Welten einmal zusammensetzen und sich ihre Lebensgeschichten erzählen müssten, damit sie einander besser verstehen. Darum geht es: Die unsichtbare Mauer in manchen Köpfen einzureißen, die Vita des anderen zu akzeptieren, damit wir einander verstehen. Die Bezeichnungen „Wessi“ und „Ossi“ können durchaus freundlich gemeint und verstanden werden, wenn wir uns auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Meine Damen und Herren,

wir haben kürzlich einen neuen Landtag in Schleswig-Holstein gewählt. Es ist das erste Mal, dass in den Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag Mitglieder einer Generation vertreten sind, die den Mauerfall jedenfalls bewusst nicht miterlebt haben. Sie waren damals drei, fünf oder acht Jahre alt. Das Erleben der Einheit dieser jungen Generation ist ein Blick auf die Geschichte. Sie sehen dadurch viele Dinge im Verhältnis zwischen Ost und West unbefangener als wir Älteren.

Die jüngeren Generationen werden in absehbarer Zeit wesentlich stärker als bisher die Geschicke unseres Landes verantwortlich mitgestalten. Und sie, die Jüngeren, werden gerade mit Blick auf die Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit von Politik Fragen stellen und Interessen formulieren. Und sie werden auch den innerdeutschen Ausgleich mit einer größeren Selbstverständlichkeit und Normalität vorantreiben. Die deutsche Einheit stellt sich für sie als normales Faktum unter vielen anderen politischen Themen dar.

Meine Damen und Herren,

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern verbindet manches: Die Menschen unserer beiden Küstenländer gelten im übrigen Bundesgebiet als sturköpfig, wortkarg bis schweigsam und geprägt von gut versteckter Freundlichkeit. Diese rau-herbe nordische Mentalität ist uns eigen.

Eigen ist uns aber auch ein gemeinsames kulturelles Erbe: Die Niederdeutsche Sprache. Die Dichter und Schriftsteller Fritz Reuter bei Ihnen in Mecklenburg-Vorpommern und Klaus Groth in Schleswig-Holstein waren im 19. Jh. ebensolche dickschädeligen Sturköpfe.

Und irgendwie scheint mir das ein Vermächtnis: Lassen Sie uns auch ruhig einmal streiten – nicht gerade wie die Kesselflicker, aber gern auch etwas heftiger. Unsere Dickköpfe können das vertragen. Aber lassen Sie uns dabei gemeinsam unsere Heimatregionen voranbringen. Das wäre mein Wunsch für unsere politische Zusammenarbeit. Denn der Norden braucht eine starke und einheitliche Stimme, will er in Deutschland – speziell im Süden – Gehör finden. Der Ost-West Gegensatz ist passé.

Die friedliche Revolution, die Maueröffnung und die Wiedervereinigung waren ein historischer Glücksfall und ein – im tieferen und guten Sinne des Wortes – unbezahlbares Geschenk an uns Deutsche. Ich bin fest davon überzeugt, dass die deutsche Einheit eine Erfolgsgeschichte ist.

Der Tag des Mauerfalls ist der Sieg der Freiheit. In Deutschland und Europa.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

# „20 Jahre Mauerfall“

Gemeinsamer Festakt  
der Landesparlamente  
von Mecklenburg-Vorpommern  
und Schleswig-Holstein

Montag, 9. November 2009  
im Schweriner Schloss



**Hinrich Kuessner,  
Präsident des Landtages Mecklenburg-  
Vorpommern von 1998 – 2002 und Mitglied des  
Neuen Forums in seiner Heimatstadt Greifswald**

■ „Frau Präsidentin Bretschneider,  
Herr Präsident Geerds,  
meine Damen und Herren.

Schön, dass Sie diesen Tag zusammen begehen. Und die beiden Reden haben gezeigt, dass es viel Sinn macht, auf den Anderen mal zu hören.

Ein Rückblick auf den 9. November zeigt deutsche Geschichte in ihren Höhen und Tiefen. Zwei dieser großen Ereignisse deutscher Geschichte geschahen im Dunkeln, aber nicht im Verborgenen.

1938 zerstörten Deutsche jüdische Geschäfte, brannten Synagogen nieder, mordeten Menschen. Viele schauten weg, viele machten mit. Es gibt erschreckende Bilder von brutalen Deutschen und ihren vielen Zuschauern.

1989 durchbrachen wir, die DDR-Deutschen, die Berliner Mauer und besiegelten damit das Ende der DDR-Diktatur und öffneten den Weg zur deutschen Einheit. Die Bilder vom Mauerfall erzeugen immer noch Freudentränen.

Am 9. November 1989 saß ich für das Neue Forum im Podium einer Diskussionsveranstaltung, den Messagesprächen in Greifswald. Die Messagesprache waren im Herbst 89 die öffentlichen Diskussionsforen in der Stadt. An diesem Abend standen zwei Themen auf der Tagesordnung: „Der Entwurf eines Reisegesetzes“ und „Die Entwicklung der Demokratie in Greifswald“. Die Regierung der DDR hatte einen Entwurf für ein Reisegesetz veröffentlicht. Darüber diskutierten wir nicht lange. Dieser Entwurf war uns völlig unzureichend. Wir wollten Reisefreiheit überallhin ohne Beschränkungen durch die staatlichen Behörden. Und wir waren damals auch sicher, dass wir das erreichen können.

Bei dieser Diskussion wurde ein Zettel nach vorne gereicht. Der Moderator las vor: „ Durch die Nachrichten ist soeben gekommen, dass die Grenze zur Bundesrepublik

ab sofort – mit Fragezeichen – ebenso geöffnet ist, wie bisher die Grenze CSSR/BRD passierbar ist.“ Es gab tosenden Beifall. Die Grenze CSSR/BRD war am 3. November geöffnet worden. Einige – nicht viele – verließen die Versammlung. Die Diskussion ging weiter. Was diese Nachricht bedeutete, bekamen wir erst mit, als wir zuhause die Nachrichten hörten.

Eins unserer großen Probleme im Herbst 89 war, dass es keine unabhängige Presse gab. Der Informationsfluss zwischen den Vertretern der neuen Gruppen funktionierte für DDR-Verhältnisse erstaunlich gut. Aber er war lückenhaft, mühsam und langsam. Telefonanschlüsse hatten nur wenige und das Telefonieren war zeitaufwändig. Auch wussten wir, dass Telefongespräche abgehört wurden.

Die Briefpost ging langsam, viel zu langsam für die schnelle Entwicklung der Veränderungen im Herbst 89. Die Zusammenarbeit über lokale Grenzen war schwierig. DDR-Netzwerke bildeten vor allem das Neue Forum und die SDP. Aber auch ihre Vertreter kannten sich untereinander kaum. Der größte Bekanntheitsgrad bestand unter denen, die innerhalb der evangelischen Kirche aktiv waren.

Als ich meine Mitgliedschaft Ende September beim Neuen Forum mitteilen wollte, kannte ich im Bezirk Rostock keinen, bei dem ich das tun konnte. Ich schrieb darum an Hans-Jochen Tschiche in Magdeburg. Ihn kannte ich flüchtig von kirchlichen Veranstaltungen und hatte gehört, dass er Kontakte innerhalb der DDR-Provinz vermittelt. Fast zwei Wochen musste ich auf seine Antwort warten. Eigentlich hatte ich mit einer Antwort gar nicht gerechnet. Denn solche Briefe, das wussten wir, blieben früher oft bei der Stasi hängen. Dieser Brief erreichte mich in normaler DDR-Geschwindigkeit und enthielt zwei Adressen von Leuten, die sich aus dem Bezirk Rostock auch bei ihm gemeldet hatten, eine aus Rostock und eine aus Greifswald.

Was ich dann immer noch nicht wusste: Waren das Menschen, denen ich vertrauen konnte? Später haben wir erfahren, dass die Stasi überall dabei war.

Verlässliche Informationen über die Situation in der DDR zu bekommen, war äußerst schwer. Die DDR-Medien waren ein totaler Ausfall. Erst als wir die Straße friedlich besetzt hatten, wagten auch einige Journalisten sich von den Vorgaben der SED zu entfernen. Unsere wichtigste Quelle waren der Westfunk und das West-Fernsehen, in Greifswald nur der Westfunk. Aber wie weit konnte man sich auf diese Berichte verlassen? Die Journalisten lebten nicht in der DDR. Die Berichterstattung aus den großen Städten wie Berlin, Leipzig, Dresden und Jena klappte gut. Aus der nördlichen Provinz sah es eher spärlich aus. Wie weit wir uns auf diese Meldungen verlassen konnten, war ich mir damals nicht sicher.

Umso erstaunlicher ist es, wie schnell damals viele Informationen flossen über Mundpropaganda und über kirchliche Kanäle. Flugblätter des Neuen Forums wurden immer wieder von einzelnen Menschen abgeschrieben und weiter gegeben. Selbst Tonbandaufzeichnungen wanderten von Hand zu Hand. Ich bekam wenige Tage nach der Sitzung der Volkskammerfraktion der SED am 24. Oktober einen Mitschnitt dieser Sitzung. Damals sollte Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates gewählt werden. Der Tonbandmitschnitt machte deutlich, dass die führenden Genossen ihren Führungsanspruch nicht aufgeben wollten. Der SED-Chef des Schweriner Bezirkes vertrat sogar den bewaffneten Widerstand gegen die Menschen auf der Straße. Das war einen Tag nach der ersten großen Demonstration in Schwerin. Für unsere Meinungsbildung waren solche Informationen wichtig.

Im Herbst 89 war es nicht so, dass alle DDR-Bürger auf die Straße gingen und Veränderungen einforderten. In Greifswald hatten wir nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Studenten, Mitglieder der Universität waren zum Beispiel sehr zögerlich dabei. Nach der ersten Demonstration in Greifswald, am 18. Oktober, gab es z.B. in einem großen Kaufhaus eine Betriebsversammlung. Dabei sprachen sich alle Verkäuferinnen gegen Demonstrationen aus. Sie befürchteten Nachteile für sich und ihre Familien. Auch mancher, der nachher aktiv in der Politik tätig wurde, wartete erst einmal die Entwicklung ab. Natürlich gab es viele Nutznießer des Systems. Sie sah man nicht auf der Straße, es sei denn, sie hatten einen Dienstauftrag oder waren für die Stasi unterwegs.

Umfragen vermitteln immer wieder den Eindruck, dass Menschen der DDR nachtrauern. Im August meldete die Volkssolidarität: 10 Prozent der Ostdeutschen wollen die DDR wieder haben. Heute habe ich von einer Umfrage gehört, dass es sogar 13 Prozent sein sollen. Und sogar in Westdeutschland 12 Prozent, die sich die Mauer wieder wünschen.

War die DDR ein Staat, den wir leichtfertig aufgegeben haben? Sollten wir versuchen, das Rad der Geschichte ein Stück zurückzudrehen und wieder das System der sozialistischen Menschengemeinschaft schaffen?

Im Herbst 89 standen drei Forderungen ganz oben auf der Agenda derer, die Veränderungen wollten:

- Reisefreiheit
- Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung und freie Wahlen
- Schließung der Stasibehörden und Beendigung aller Spitzeltätigkeit.

Wir hatten die Bevormundung und Gängelung durch die SED-Funktionäre satt. Wir wollten mitregieren und mitbestimmen, was nach den DDR-Parolen sein sollte, aber was wir nicht durften.

Reisefreiheit war ein Ziel des Herbstes 89, das bei fast allen DDR-Bürgern ganz oben auf der Liste ihrer Wünsche und Forderungen stand. Jahrzehntelang hatte man uns das vorenthalten. Nicht einmal im Ostblock konnten wir frei reisen. Eine Auslandsreise war mit bürokratischem Aufwand und oft mit Schikanen verbunden. Es war nicht nur eine Frage des Geldes, wohin man reisen konnte.

Als ich 1981 mit meiner Familie mit unserem Trabant über Polen und die Sowjetunion nach Rumänien reisen wollte, haben wir unsere Anträge im Februar abgegeben, um Anfang Juli reisen zu können. Damals kam noch die Besonderheit dazu, dass die Solidarność-Bewegung Polen zu einem unsicheren Bruderland gemacht hatte. Gegen Polen wurde gehetzt. Die Solidarność läutete schon 1980 auch für uns in der DDR das Ende der Diktatur ein.

Toll, dass heute die Grenze nach Polen völlig offen ist. Eine DDR auch nur mit einer offenen Grenze kann ich mir ehrlich gesagt, nicht vorstellen.

Im Sommer 1981 wurden die Reisen für DDR-Bürger nach Polen nicht mehr bewilligt. Im Februar hatte man uns noch eine Genehmigung ausgestellt. Für unsere Reise nach Rumänien hatte ich zwei Anträge stellen müssen, einen für die Durchreise durch die Sowjetunion und nach Rumänien und einen für die Durchreise durch Polen. Den Antrag für Polen musste ich abgeben in einem Raum, an dessen Tür stand: Anträge für NSW, also für das nicht sozialistische Ausland. Dieser Antrag wurde dann zu unserer Überraschung innerhalb von 24 Stunden genehmigt. Der andere Antrag brauchte über vier Monate und wurde erst einen Tag vor unserer geplanten Abreise im Juli 81 bewilligt, erst nachdem er abgelehnt war und ich mich mehrmals beschwert hatte.

Als wir dann im Juli über die Grenze nach Polen wollten, wussten die DDR-Grenzer nicht, was sie mit uns machen sollten. Die Grenze war für DDR-Bürger geschlossen. Aber wir hatten eine Erlaubnis in der Hand - gültig schon seit Februar. Nur wenige Autos kamen, die auf die andere Seite wollten. Unser Gepäck wurde durchwühlt. Die Mundorgel, ein westliches Liederbuch, fiel den Kontrolleuren in die Hände. Einer schlug es auf und las zufällig das Lied: „In Pankow gab's kein Essen, in Pankow gab's kein Bier, war alles aufgefressen von fremden Gästen hier?“ Der Grenzer verstand dieses Lied als antisozialistische Hetze. Pankow stand damals für den Regierungssitz der DDR. Ich versuchte ihm klar zu machen, dass das Lied älter war als die DDR.

Sechs Stunden brauchten wir für diese Grenze. Es hätte noch länger gedauert, wenn uns nicht polnischen Grenzer geholfen hätten.

Grenzgeschichten, Reiseschikanen und von vielen unerfüllten Reisewünschen konnten viele DDR-Bürger erzählen. Für viele war das der Grund, warum sie die DDR verließen. Wenn ich am Tränenpalast in Berlin meine westdeutschen Gäste verabschiedete, meinen Bruder, andere

Verwandte oder Freunde, dann war ich wütend auf die DDR-Oberen.

Der Durchbruch der Mauer war darum ein ganz besonderer Tag. Endlich öffnete sich für uns die Welt. Endlich verloren die SED-Funktionäre ihre Macht über uns. Mit der Öffnung der Berliner Mauer war ihre Macht endgültig gebrochen. Sie hatten uns nicht mehr im Griff. Wir konnten gehen, wenn es gefährlich wurde oder wir die DDR einfach satt hatten.

4,6 Millionen Menschen verließen von 1945 bis 90 den Osten in Richtung Westen. Viele taten es leider auch noch nach dem 9. November. Vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 waren es immer noch wöchentlich mehr als 15.000. Viele hatten auch damals kein Vertrauen, dass wir in der DDR grundlegende Änderungen schaffen könnten.

Leider ist aus der Öffnung der Berliner Mauer nicht automatisch ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern geworden. Nur wenige Ausländer suchen ihren Wohnsitz bei uns. Wenn sie es getan haben und als Ausländer erkennbar sind, begegnet ihnen oft Misstrauen, auch Beschimpfungen und Belästigungen. Das Recht, das wir uns am 9. November 89 genommen haben, zu reisen und zu wohnen, wo wir wollen, dieses Recht billigen noch immer viele unserer Mitbürger anderen nicht zu.

Mecklenburg-Vorpommern ist auf ausländische Investoren und Touristen angewiesen. Ohne eine Weltoffenheit, zu der in einem Tourismusland Gastfreundschaft gehört, wird Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich eine Provinz bleiben. Wir müssen darum mehr für die Integration von ausländischen Mitbürgern tun. Ein wichtiger Schritt ist dabei aus meiner Sicht die Öffnung der Kommunalwahlen für alle Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern ihren ersten Wohnsitz haben.

Ein Beispiel: Seit über 20 Jahren lebt ein Ghanaer mit seiner Familie bei Greifswald. Er ist aktiv in der Dorfgemeinschaft, im Sportverein. Warum darf er die kommunalen Vertreter nicht mitwählen und, wenn er will, selbst gewählt werden? Wir zeigen ihm und seiner Familie bei den Wahlen, dass er nicht dazugehört.

Auch mancher Deutsche lebt heute in mehreren Ländern. Doppelte Staatsbürgerschaft kann aus Fremden und Gästen verantwortungsvolle Bürger machen. Die Globalisierung erfordert heute neue Antworten, gerade auch in diesem Bereich.

Der Durchbruch der Mauer, die Öffnung der innerdeutschen Grenze war mehr als Reisefreiheit. Er war das Ende der staatlichen Willkür, der Macht der Funktionäre über uns Bürger. Wir waren ihnen nicht mehr ausgeliefert. Er war das Ende unserer Ohnmacht, unserer Unmündigkeit.

Hans Modrow schreibt in seiner Biografie „Ich wollte ein neues Deutschland“: „Für unseren Staat musste sich, wenn man so will, das Volk erst finden; und es würde sich finden, so unsere frühe Hoffnung und unsere zu spät erkannte Illusion, über den großen, von allen getragenen Konsens einer unumstößlich sozialen, humanen, antifaschistischen Gesellschaft.“ soweit das Zitat.

„Ihr Volk“ hat die SED nicht gefunden. Sie hat mit allen Mitteln versucht, sich „ihr Volk“ zu formen. Es ging dabei von Anfang an nicht darum, was die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone oder nachher in der DDR wollten. Es mag sein, dass mancher SED-Funktionär Ideale im Kopf hatte, als er nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus in seine alte Heimat zurückkehrte.

Die Sowjets hatten als erste Besatzungsmacht den Aufbau demokratischer Parteien zugelassen. Im Juni / Juli 1945 wurden vier Parteien gegründet.

Heute wissen wir: Die KPD hatte niemals vor, ein demokratisches Gemeinwesen zu schaffen. Wolfgang Leonhard, der mit der „Gruppe Ulbricht“ 1945 von Moskau nach Berlin kam, zitiert Walter Ulbricht mit folgenden Worten: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“

Auf dem II. Parteitag 1947 erklärte sich die SED im Sinne Stalins zu einer Partei neuen Typs. Im gleichen Jahr wurde die K 5, die politische Polizei, gegründet, die Vorgängerin des Ministeriums für Staatssicherheit.

Gegner von Ulbrichts Politik wurden eingesperrt, aus der Partei ausgeschlossen oder sie gingen in den Westen. Um die bürgerlichen Parteien zu schwächen, wurden im Juni 1948 von der SED zwei neue bürgerliche Parteien gegründet, die NDP und die DBD. Dazu kamen die vielen so genannten Massenorganisationen wie FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, DSF, Volkssolidarität. Alle diese Organisationen wurden zwischen 1945 und 1947 mit einem Organisationsmonopol gegründet. Und sie wurden Massenorganisationen, die sich die SED zu Handlangern formte. 98 Prozent der Jugendlichen waren 1989 bei den Pionieren bzw. in der FDJ, der FDGB hatte 9,6 Mio Mitglieder, bei der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft waren es 6 Mio. Die Gründung neuer Organisationen wurde in der DDR immer verhindert.

Körperbehinderte wollten z.B. in den 80er Jahren eine eigene Vereinigung gründen. Das wurde nicht erlaubt. Selbst ein Treffen Körperbehinderter der drei Nordbezirke in Greifswald wurde verboten.

Um alle Bürger an die SED zu binden, wurde eine Ersatzreligion geschaffen: Ulbricht verkündete die 10 Gebote der sozialistischen Moral. Die sozialistische Namensweihe, Jugendweihe, Eheschließung und Beerdigung ersetzten kirchliche Feiern. Die Jugendweihe – ein Relikt dieser Zeit – hat bis heute großen Zulauf.

Freie Wahlen gab es in der DDR zum ersten Mal am 18. März 1990. 1949 wurde die erste Wahl zur Volkskammerwahl verschoben, weil sich die SED ihrer Sache noch nicht sicher war. Aber schon 1950 gab es das typische DDR-Wahlergebnis mit einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent und einer Zustimmung zur Liste der Nationalen Front von 99,7 Prozent. Die DDR war schnell zur Diktatur gekommen. Der Parteipropagandist dieser Zeit Gerhart Eisler tönte: „...wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.“

Wenn die SED es wünschte, konnte selbst einer ohne Wahl Vertreter eines Parlaments werden. Hans Modrow kam 1949 aus der Sowjetunion in die DDR, wurde Mitglied der SED und Funktionär im Zentralrat der FDJ. Anfang der 50er Jahre wurde er FDJ-Sekretär in Schwerin und zog, ohne gewählt zu werden, in den Landtag von Mecklenburg ein.

Die sehr plumpe Wahlfälschung im Mai 1989 läutete das Ende der DDR ein. Auch frühere Wahlen verliefen nicht korrekt. Nach der Abstimmung über die DDR-Verfassung 1968 ging ich zur Auszählung in Rostock. Bei den NEIN-Stimmen überlegten die Auszähler laut und das klang ungefähr so: „Dieser Wähler hat sich sicher beim Ankreuzen geirrt. Bei uns sind doch alle für den Frieden. Wollen wir diese Stimme nicht als JA-Stimme zählen?“

Oder vor Wahlen kamen Vertreter der Wahlkommission in die Pflegeheime und strichen einfach Wähler von der Liste der Wahlberechtigten, die den einfachen DDR-Wahlvorgang – Zettel falten und in die Urne stecken – nicht mehr mitmachen konnten. So wurde ohne gesetzliche Grundlage die Zahl der Nichtwähler reduziert.

Die SED schuf sich „ihr Volk“, allerdings nur in ihrer eigenen Phantasie. Sie malte sich in der Öffentlichkeit ihr Bild von ihrem Volk und von ihrer überaus erfolgreichen Politik. Überall und immer wieder wurden Erfolge besungen und gefeiert. Fehler und Mängel wurden selten eingestanden. Wenn sie doch benannt werden mussten, hatten sie ihre Ursache bei den Klassenfeinden im Westen und ihren Spionen in der DDR. Selten konnte man einen kritischen Artikel in einer DDR-Zeitung lesen. Als in der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ 1988 ein neuer Ton angeschlagen wurde, hat Honecker die Zeitschrift einfach aus dem Verkehr gezogen.

Umso erstaunlicher war ein Artikel von Wolfgang Harich in der Wochenzeitschrift „Sonntag“ am 28. Oktober 1956. Ich lese Ihnen diesen Artikel vor, weil er nach meiner Meinung die Situation in der DDR sehr gut beschreibt, nicht nur 1956, auch später.

**„Aktuelles Einmaleins**

*In der Schule von Schilda wurde den Kindern viele Jahre lang beigebracht:*

$2 \times 2 = 9$ .

*Eines Tages kam das heraus, und der Lehrkörper trat zu einer außerordentlichen Konferenz zusammen, auf der hin und her beraten wurde, wie dem peinlichen Missstand abzuhelpfen sei. Was vor allem vermieden werden musste, war eine Gefährdung der Autorität des erprobten und unentbehrlichen Rechenlehrers. Auch sollte dem jugendlichen Fassungsvermögen nicht zu viel auf einmal zugemutet werden. Dies bedenkend, fassten die Kollegen auf Grund ihrer reichen pädagogischen Erfahrungen den Beschluss, die Schüler mit der ungewohnten Wahrheit nicht auf einen Schlag, sondern vorsichtig, nach und nach vertraut zu machen. Der Rechenlehrer erhielt also den Auftrag, zunächst einmal richtigzustellen, dass  $2 \times 2$  nicht, wie bisher, 9 sei, sondern 8. An den folgenden Tagen sollte er dann jeweils um eine weitere Zahl heruntergehen, bis schließlich das wirkliche Produkt der in Frage stehenden Multiplikation erreicht sein würde. Indessen, der klug durchdachte Plan kam nicht zustande. Er scheiterte an der Voreiligkeit der ungezogenen Kinder. Denn als diesen am zweiten Tag weisgemacht werden sollte,  $2 \times 2$  sei auch nicht 8, sondern 7, da hatten sie bereits heimlich in der Pause die Toilettenwände voll gekritzelt mit der Gleichung:*

$2 \times 2 = 4$ .

*Das Gerücht, dass im Lehrerkollegium daraufhin Stimmen des Bedauerns über die Abschaffung der Prügelstrafe laut geworden wären, stellt eine Verleumdung dar, die jeder Grundlage entbehrt.“*

Gustav Just zitiert Walter Ulbricht mit den Worten: „Der Rechenlehrer – das soll ich sein.“

Ulbricht hatte die Geschichte gut verstanden. Seine Antwort waren zwei Schauprozesse gegen die Gruppe Harich 1957. Dabei ging es vor allem um eine „Plattform für den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Der Harich-Artikel spielte aber auch eine belastende Rolle. Eigenständige Gedanken mussten die Verfasser mit Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren bezahlen, zum Teil in jahrelanger Einzelhaft.

Wolfgang Harich nützte es nichts, dass die Stasi ihn in der Untersuchungshaft umgedreht hatte. In seinem Schlusswort im Prozess bedankte er sich bei der Stasi:

„Mir ist es klar, dass der Staatssicherheit zu danken ist, dass sie also unseren Staat vor größerem Schaden bewahrt hat [...] Ich wäre nämlich nicht mehr aufzuhalten gewesen. Ich war wie so ein durchgebranntes Pferd, das man nicht mehr durch Zurufe aufhält. Mit diesen Ideen im Kopf bin ich eben durchgegangen, und wenn sie mich nicht festgenommen hätten, dann wäre ich heute nicht reif für die zehn Jahre, die der Herr Generalstaatsanwalt beantragt hat, sondern für den Galgen. Und deshalb [...] sage ich der Staatssicherheit also dafür meinen Dank.“

So war es in der DDR, nicht nur in diesem Fall. „Die Partei hat immer recht!“, wurde nicht nur gesungen. Das war DDR-Realität. Wer es anzweifelte, musste die Folgen tragen.

Der Artikel von Wolfgang Harich im Sonntag gibt gut wieder, was ich in der DDR immer wieder erlebt habe. Als ich 1961 vor dem Mauerbau in Schwerin Abitur machte, wurde ich in Gewi (Gesellschaftswissenschaften – die Red.) mündlich geprüft. Kurz vor der Prüfung wurden wir umgeschult. Bisher hatten wir gelernt, dass die DDR – ich weiß nicht mehr in welchem Jahr – die Bundesrepublik wirtschaftlich überholen würde. Auch für die anderen volksdemokratischen Staaten gab es Überholpläne, z.B. die CSSR sollte Großbritannien überrunden. Kurz vor unseren Abiturprüfungen wurde eine neue Direktive der Partei veröffentlicht. Vom Überholen war da keine Rede mehr.

Es gab dann nur noch jahrelang die Witze vom Überholen ohne Einzuholen.

Die ständigen Erfolgsmeldungen und die dauernden Lobeshymnen auf den großen und weisen Generalsekretär zeigten im Laufe der Jahre immer mehr Wirkung. Es war nicht nur Angst, die viele die Parolen der SED nachsprechen ließen.

Von der Wissenschaftlichkeit der marxistischen Philosophie waren nicht wenige überzeugt. In den 80er Jahren habe ich ein Jura-Fernstudium der Humboldt-Uni in Rostock absolviert. Jedes Studium begann mit Lehrgängen zur marxistischen Philosophie und zur sozialistischen Ökonomie. In Philosophie wurde ich mündlich zusammen mit einem NVA-Politoffizier geprüft. Mein Prüfungsergebnis war nicht schlecht. Das machte den Politoffizier nachdenklich. Er verstand nicht, dass ich kein Marxist wurde. Denn, so seine Auffassung, ich hatte die marxistische Philosophie verstanden. Da es sich dabei um eine wissenschaftliche Lehre handelte, musste ich, wenn ich einigermaßen ehrlich war, nun folgerichtig ein Marxist werden. Das geschah nicht, das verstand er nicht. Wir haben später darüber lange diskutiert.

Das Ergebnis der DDR-Schule waren sehr oft Schüler, die nicht gelernt hatten, ihre Meinung zu sagen und zu vertreten. In den 70er Jahren war ich in der Pommerschen Kirche für die Verwaltungsausbildung zuständig. Bei der Aufnahmeprüfung ließ ich Aufsätze mit einem Thema schreiben, in dem die Bewerber ihrer Fantasie freien Lauf lassen sollten. Nach der Ansage des Themas sahen mich die Absolventen der POS, also der 10. Klasse, verunsichert an. Oft kamen Äußerungen wie diese: „Wir kennen Sie doch gar nicht. Wir wissen doch gar nicht, was Sie haben wollen.“

An der Schaffung eines einheitlich denkenden Volkes wurde in der DDR immer gearbeitet. Und die SED-Füh-

nung scheint wirklich in der Illusion gelebt zu haben, dass sie das erreichen kann. Wer sich nicht einordnete, wurde als Feind des Sozialismus gebrandmarkt, notfalls auch weggesperrt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung stand darum ganz oben auf unserem Forderungskatalog im Herbst 89.

Regierende sehen es immer gern, wenn das Volk das sagt und tut, was sie für richtig halten. In der DDR war das gut durchorganisiert, aber schlecht gemacht. Die Initiative des Einzelnen, die Schöpferkraft der Menschen war nicht nur nicht gefragt. Sie war unerwünscht. Das hat unsere Gesellschaft in der DDR zerstört. Häuser zerfielen, Straßen verdreckten, Betriebe verschlammten. Anspruch und Wirklichkeit entfernten sich im Laufe der Jahre immer mehr voneinander. Die SED-Funktionäre, aber auch die Vorsitzenden der Blockparteien hatten dies nicht wirklich wahrgenommen. Als wir im Herbst 89 auf die Straße gingen, waren sie sprachlos. Als wir den öffentlichen Dialog aufnahmen, waren sie überfordert. Das beste Beispiel dafür war die Rede von Egon Krenz am 18. Oktober, als er zum SED-Vorsitzenden ernannt wurde. Er hielt am Abend die gleiche Ansprache an die Menschen in der DDR, die er vor seinen Genossen schon gehalten hatte. Und er sprach uns mit „Liebe Genossinnen und Genossen“ an. Als wir das hörten, wussten wir, mit Egon Krenz wird sich nichts, aber auch gar nichts ändern. Wir wollten den Dialog, den Dialog, in dem wir als Partner ernst genommen werden.

Demokratie lebt vom Dialog der Bürger untereinander und mit ihren gewählten Vertretern. Auch in der Demokratie muss man immer wieder mal daran erinnern. Der Dialog zwischen Parlamentariern und den Bürgern läuft auch heute nicht immer optimal. Bürgerinitiativen haben es manchmal schwer, mit Politikern ins Gespräch, in den Dialog zu kommen. Wenn Politiker nicht zum Volk gehen, werden die Bürger nicht zur Wahl gehen.

Bürgerinitiativen in Polen, Ungarn, in der DDR und in den anderen Staaten des Ostblocks haben die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht. Die Berufspolitiker der damaligen Zeit hätten dies alleine nicht geschafft. Auch heute werden Berufspolitiker den Einsturz der heutigen Mauern nicht allein schaffen.

Für die Lösung aller großen Fragen ist der Dialog notwendig. Das Fundament einer demokratischen Gesellschaft sind nicht allein die Aktivitäten einiger Berufspolitiker, sondern vielmehr die Beteiligung der Bürger am politischen Meinungsprozess. Nur so werden wir den Einfluss von rechten und linken Extremisten einschränken können. Wenn wir keine Neonazis im Landtag haben wollen, brauchen wir die breite Beteiligung der Bürger zu den wirklich wichtigen Fragen unserer Gesellschaft. Sie müssen die Erfahrung machen können, dass sie gehört werden und dass es sich lohnt, sich politisch einzumischen. Darum sollten wir nach meiner Auffassung Volksinitiativen erleichtern und nicht erschweren.

Die Herrschaft der Funktionäre über uns war mit der Öffnung der Berliner Mauer gebrochen. Das war uns am 9. November noch nicht so klar. Als ich nach dem Mensa-Dialog in Greifswald zuhause mitbekam, was in Berlin passiert war, war die Hoffnung auf Veränderungen in der DDR gestärkt. Aber die Macht, die wir vor allem fürchteten, die Stasi, diese Macht war noch nicht gebrochen. Aber jetzt bekamen wir den Mut, auch dieses Problem anzugehen.

In Greifswald beschlossen wir, Neues Forum, SDP und eine Gruppe, die sich Unabhängige Studenten nannte, den nächsten Mensadialog zu diesem Thema zu veranstalten. Wir formulierten rund 200 Fragen, die wir dem Greifswalder Stasichef übergaben. Er erklärte uns, dass er zur Veranstaltung kommen wird und bis auf zwei Fragen alle Fragen beantworten kann. Über die Anzahl der hauptamtlichen und der informellen Mitarbeiter dürfe er keine Auskunft geben. Das waren auch unglaubliche Zahlen. Neben den über 90.000 hauptamtlichen Stasileuten war jeder 62. DDR-Bürger ein Informant. 89 zählte das MfS mindestens 265.000 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter.

Bei dem Mensagespräch am 23. November wurden dann unsere Fragen nicht beantwortet. Der Kreischef der Stasi durfte auch nicht im Podium Platz nehmen. Dafür waren sein Chef, der Rostocker Bezirkschef der Stasi, und sein Leiter der Untersuchungsabteilung gekommen. Der Bezirkschef, Herr Mittag, hatte gedacht, dass er noch die Macht über uns hat. Er stellte sich vor das Publikum und wollte von seinen guten Taten berichten. Aber wir standen nicht mehr unter seinem Bann. Er wurde ausgebuht und ausgepiffen. Er verstand die Welt nicht mehr. Völlig desorientiert nahm er Platz und raunte seinem Abteilungsleiter immer wieder zu, wenn einer aus dem Publikum etwas sagte: „Wie war der Name? Aufschreiben! Aufschreiben!“ Ich saß neben ihm im Podium und fürchtete, dass er einen Herzinfarkt bekommt. Am 4. Dezember haben wir dann in Greifswald die Stasi besetzt.

Die Macht der Stasi habe ich in der DDR immer wieder erlebt. Als ich bei einer Gewi-Prüfung an der Universität in Rostock 1963 die Namen der Nazis an der Spitze der Bundesrepublik wie Globke und Präsident Lübke nicht aufzählen wollte, wollte der Prüfer mir wohl zeigen, dass sie alles wissen. Er erzählte mir den Inhalt eines Gespräches mit Kommilitonen, das wir auf einem Waldweg geführt hatten. 1990 hörte ich, dass die Stasi einen Mitarbeiter in Rostock Theologie studieren ließ, obwohl er kein Christ war. Er hat dann sogar als Pfarrer gearbeitet.

Die Fähigkeiten der Stasi ließen einen schon manchmal erschrecken. Ein Freund wurde 1968 im Urlaub in der Tschechoslowakei vom Einmarsch der Warschauer Paktstaaten überrascht. Er hat danach versucht, über Österreich in den Westen zu gehen. Er wurde geschnappt und an die DDR ausgeliefert. Sechs Jahre Zuchthaus in Bautzen II waren das Ergebnis für den 25-jährigen Kellner. Ich wollte mehr über den Prozess erfahren. Über westdeutsche Verwandte bekam ich die Adresse eines Anwalts, der ihm als

Pflichtverteidiger zugeordnet war. Ich kannte die Parteilichkeit von Verteidigern. Für politische Verfahren galt das besonders. Ich ging ohne Anmeldung zu dem Anwalt. Es war ein junger Mann mit Parteiabzeichen. Als ich mein Anliegen vortrug, war er sofort bereit, darüber zu reden. Er erzählte mir, dass mein Freund in Prag und Bratislava bei großen Demonstrationen dabei gewesen war und dem Sender Freies Europa ein Interview gegeben hatte. Beim Prozess waren ihm Bilder von diesen Demonstrationen vorgelegt worden, auf denen man ihn deutlich erkennen konnte. Das erstaunte und erschreckte mich. Mein Freund, ein unbedeutender junger Mann, war bei Massendemonstrationen beobachtet worden. Die Stasi musste ein Apparat mit unerschöpflichen Möglichkeiten sein.

Der Anwalt hatte die Akte meines Freundes auf Wiederholung gelegt, weil er bald prüfen wollte, ob er eine Haftverkürzung beantragen kann. Auch das gab es unter Genossen.

Mein Freund starb im Sommer 1970 im Gefängnis. Auf dem Totenschein stand: „In Bautzen tot aufgefunden.“ Die Todesursache konnte ich auch später nicht erkunden. Die Angehörigen bekamen nur Asche zugeschickt, und die Akten sagten später nichts aus.

Die Angehörigen hatten die Verbindung zu dem „Staatsfeind“ abgebrochen. Erst nachdem ihnen die Asche zugeschickt wurde, kam es zu einer Versöhnung. Über eine Staatsratseingabe hatte ich meinen Freund einmal im Gefängnis Bautzen II besuchen können. Die Brutalität der Staatsorgane hat sich mir damals tief eingeprägt.

#### Ein anderes Beispiel:

Arno Esch, ein begabter Rostocker Jurastudent, wurde 1951 in Moskau erschossen. Er war LDP-Mitglied. Er widersetzte sich dem Führungsanspruch der SED. Demokratie und Freiheit waren seine Themen. Das hat er mit dem Tod bezahlt. Seine Mutter lebte in Schönberg in Mecklenburg. Sein letztes Lebenszeichen war eine Karte vor seiner Verhaftung im Oktober 1949. Danach hat sie nie mehr etwas von ihm gehört und auch nicht erfahren, was aus ihm geworden ist. Sie wandte sich an Präsident Pieck und viele andere Persönlichkeiten in Ost und West. Aber erst 1961 hörte sie über Westverwandte, dass ihr Sohn tot ist, zehn Jahre nach seiner Ermordung.

Die Antwort der SED auf die Briefe von Frau Esch war: Die Stasi nahm 1957 Ermittlungen gegen sie auf. 1959 führte die Stasi eine Hausdurchsuchung durch und nahm sie fest. Ihre Kontakte zum Westen standen im Verdacht der Spionage. Als dieser Nachweis nicht gelang, wollte die Stasi sie nutzen, um eine Westdeutsche als Spionin festzunehmen. Das lehnte Frau Esch ab. In der Stasiakte heißt es: „Sie brachte mehrmals zum Ausdruck, man sollte sie inhaftieren und verurteilen.“

Die Stasi hatte aber wohl ihr Ziel erreicht. Frau Esch bekam zu spüren, dass ihre Nachforschungen nicht erwünscht und für sie gefährlich waren. Sie hat wohl bis zu

ihrem Tod 1985 mit keinem Menschen in Schönberg über den Tod ihres Sohnes gesprochen.

Bekannt geworden ist das Schicksal von Frau Esch nur, weil sie ihren Nachlass der evangelischen Kirchengemeinde überlassen hat. Ihr Gemeindepfarrer hat, als es möglich wurde, die Stasiakte eingesehen.

In meiner Abgeordnetentätigkeit habe ich mehrere solche Lebensgeschichten gehört von Menschen, die in der DDR nicht – selbst mit ihren Familienangehörigen, mit ihren Kindern, ihren Ehefrauen – darüber haben reden können. Auch sie hatten in den vielen DDR-Jahren keinen Gesprächspartner gefunden. Wenn man diese Lebensgeschichten kennt, stellt man sich nicht die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war.

Einmal, Mitte der 80er Jahre, verschwand etwas aus unserer Wohnung. Wir konnten uns das nicht erklären. Einer unserer Erklärungsversuche war: Die Stasi war in unserer Wohnung.

Etwas später bekamen wir in unserer Dienststelle, dem Diakonischen Werk, eine anonyme Postkarte. Darin stand, dass ein mit Namen genannter Mitarbeiter, mit dem ich mich sehr gut verstand, für die Stasi arbeitet. Wie sollten wir solche Verdächtigungen prüfen? Wir hatten keine objektiven Möglichkeiten. Wir stellten ihn zur Rede. Er bestritt den Vorwurf und wir warfen die Postkarte in den Papierkorb. Später stellte sich heraus, dass er ein IM war.

Unser Respekt, unsere Angst vor der Stasi saßen auch noch im Herbst 89 tief in uns. Dass das Thema „Stasi“ heute in der politischen Diskussion immer noch eine große Rolle spielt, hat hier seine Ursache. Die Stasi ist das Trauma für jeden DDR-Bürger, der nicht nur nachgeplappert hat, was von oben vorgegeben wurde.

Trotzdem forderten wir im Herbst 89 nur: Stasi in die Produktion! Im Herbst ging es nicht um Rache. Wir wollten die Diktatur der SED und ihrer Herrschaftsinstrumente beenden. Wir wollten selbst bestimmen, wie wir leben. Es sollte Schluss sein mit den vielen Lügen, mit der Heuchelei, mit der Unterdrückung Andersdenkender. Wir wollten freier und besser leben, als es in der DDR möglich war. Aber wir wollten das nicht so machen, wie die SED-Funktionäre es taten. Für uns galt nicht der Grundsatz: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns! Oder wie es im DDR-Deutsch hieß: Wer nicht für uns ist, ist gegen den Frieden.

Heute fühlen sich manche ehemalige DDR-Bürger als Bürger zweiter Klasse. Es war nicht alles schlecht in der DDR, wird oft wiederholt. Wir haben in den 40 Jahren nicht traurig dahin vegetiert. Wir hatten unsere Freunde. Es gab schöne und schlechte Tage. Es gab Freud und Leid. Mancher westdeutsche Besucher war erstaunt über die menschliche Atmosphäre, die er bei seinen Verwandten antraf. Existenzielle Sorgen machten sich wenige.

Auch in einer Diktatur kann man sich einrichten und ein menschliches Leben führen. Materieller Wohlstand allein macht nicht glücklich. Soziale Sicherheit ist ein besonderes Gut, das Ängste beiseite schiebt und einen ohne große Sorgen leben lässt. In der DDR hat kein Schulkind Angst vor Arbeitslosigkeit gehabt. Das ist heute ganz anders. Ist das das große Plus der DDR gewesen? Arbeit für alle? In der globalen Wettbewerbsgesellschaft haben wir bisher kein Konzept gefunden, dies zu erreichen. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird weltweit und auch bei uns immer größer. Aber auch in der DDR war dieses Problem nicht gelöst. Fast alle hatten in der DDR einen Arbeitsplatz, aber es gab nicht immer für alle Arbeit, und die Wirtschaft war insgesamt 1989 am Ende.

Das System der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR war insgesamt faul und verlogen. Der Apparat der SED und der Stasi, die vielen „ehrenamtlichen“ Mitarbeiter der Stasi, die Freunde, Bekannte, Kollegen und sogar Familienmitglieder ausspioniert und darüber Berichte geschrieben haben, stehen für die DDR. Die Stasi war keine vorübergehende Erscheinung. Ihr Apparat wurde im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut und verfeinert. Dieser Apparat hatte die Gesellschaft durchsetzt und vergiftet. In den letzten DDR-Jahren wurden täglich von der Stasi bis zu 90.000 Briefsendungen überprüft. Man hatte Geräte entwickelt, die in der Stunde bis zu 800 Briefe öffnen konnten, ohne dass die Empfänger das merkten.

Dieser Apparat hat den Staat DDR so lange am Leben erhalten. Dieser Apparat hat dazu geführt, dass Menschen, die in sowjetischen Lagern oder in DDR-Gefängnissen gesessen hatten, erst nach 1989 mit ihren Kindern darüber reden konnten. Jahre, Jahrzehnte trugen sie die schrecklichen Erlebnisse mit sich herum. Das zeigt die Unmenschlichkeit dieses Systems, das Unrecht, das zum Alltag dieses Staates gehörte.

Trotzdem forderten wir im Neuen Forum auch SED-Mitglieder auf zum Dialog. Sie sollten sich einbringen können.

Willy Brandt hat in seiner Rede am 10. November 1989 in Berlin, also einen Tag nach dem Mauerfall, erzählt, dass ihn ein Bild besonders angerührt hat. Ein Westberliner Polizist ist rübergegangen zu seinem Kollegen auf der Ostseite und sagt: „Jetzt haben wir uns so viele Wochen, vielleicht Monate auf Abstand gesehen, ich möchte Ihnen einmal die Hand geben.“ Und Willy Brandt sagt weiter: „Das ist die richtige Art, sich dem jetzt Anstehenden zu nähern: einander die Hand zu reichen, nachtragend nur dort zu sein, wo es unbedingt sein muss. Und, wo immer es geht, Bitterkeit zu überwinden.“

**Meine Auffassung ist:** Die Wahrheit über die DDR gehört ungeschminkt auf den Tisch.

**Und:** Das Angebot der Demokratie gilt für alle, auch für die damaligen Funktionäre der SED und ihrer Blockparteien, auch für die Stasileute.

Das Angebot der Demokratie hat in Deutschland einen festen Rahmen, das Grundgesetz. Demokratie gilt es zu wagen mit allen, für die das Grundgesetz die Grundlage für unser Miteinander ist. Unsere Demokratie braucht alle und schließt keinen aus. Leider ist es fast nicht gelungen, die vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Ewiggestrige wie Egon Krenz, der noch am 60. Jahrestag der DDR, also in diesem Jahr, Orden für Vergangenes verteilt und der in seinem Buch „Gefängnis-Notizen“ meint, dass wir im vereinten Deutschland von der Vision „Alle müssen teilhaben an der Macht ... viel weiter entfernt sind, als wir es in der DDR je waren“, diese Ewiggestrigen schließen sich selbst aus.

Sich mit den DDR-Zeiten kritisch auseinanderzusetzen hat für mich den Sinn, die nachwachsende Generation zu warnen vor solchen Zeiten und uns den Wert der Demokratie vor Augen zu malen. Denn wir haben durch die friedliche Revolution viel gewonnen, was wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde kein Tor zum Paradies geöffnet. Aber wir leben jetzt in einer Gesellschaft, wo wir uns einmischen können, wo wir mitbestimmen können, was aus unserer Gesellschaft wird. Auch heute ist Zivilcourage gefragt. Auch heute hat es negative Folgen, wenn sich alle wegducken und das Handeln einigen überlassen. In unserer Gesellschaft gibt es viele Probleme zu lösen, die das Engagement vieler benötigen. In der Demokratie muss der gesellschaftliche Konsens, der Kompromiss immer wieder mühsam erarbeitet werden. Das ist oft harte Arbeit. Aber die Alternative zur Demokratie – die Diktatur – haben wir in Deutschland bitter und leidvoll erfahren. Wer das nicht will, muss sich einmischen und an der Verbesserung des Miteinanders der Menschen mitwirken. Das ist für mich die wichtigste Lehre aus der deutschen Vergangenheit mit den Diktaturen unter Hitler und in der DDR, mit den Tagen in Deutschland wie am 9. November 1938 und am 9. November 1989.

Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.“